

# Beißerik-Zeitung

## Lageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Neueste Zeitung des Bezirks

**Zeitungspreis:** Vierteljährlich 12 Mk. ohne Zigaretten. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: 12548. — Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die lebendige Zeitung 10 Pf. unterhalb der Titelseite  
Amtshauptmannschaft: 10 Pf. im ordlichen Zoll (nur  
von Behörden) die Seite 200 Pf. — Geringe und  
Reklame 200 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 7

Sonntag den 8 Januar 1922

88. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Verlängerung der Hundesperrre.

Wegen neuerlicher Feststellung von Tollwut an einem Hunde des Wirtschaftsbürgers Emil Dienel in Dittersbach Nr. 29 wird die über sämtliche Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Frauenstein am 9. November 1921 verhängte **Hundesperrre** bis zum **31. März 1922 verlängert**.

Die zum Amtsgerichtsbezirk Dippoldiswalde bzw. Altenberg gehörenden Gemeinden Schmiedeberg, Niederpöbel, Ripsdorf, Bärensels, Obercarsdorf, Raudendorf und Reichstädt bilden weiter das **Beobachtungsgebiet**.

Die unter Ziffer 1—5 der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 29. 9. 1921 — Frauensteiner Anzeiger vom 2. 10. 1921 — und vom 10. 10. 1921 — Weisheitszeitung vom 13. 10. 1921 abgedruckten Bestimmungen finden sinngemäß weiter Anwendung. 26 G.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 6. 1. 1922.

Mittwoch den 11 Januar 1922 vorm. 11 Uhr  
**öffentliche Bezirksausschüttung**  
im amtsgerichtsamtlichen Sitzungssaale.

Auf Blatt 103 des Handelsregisters, betr. die Firma C. B. Leicher Nachf., Metallwarenfabrik Dippoldiswalde Hoder & Bock ist heute eingetragen worden: die Firma lautet künftig C. B. Leicher Nachf. Metallwarenfabrik Dippoldiswalde, vorm. Hoder & Bock. Die bisherigen Inhaber Richard Alfred Hoder und Richard Willi Bock sind ausgeschieden. Gesellschafter sind: der Metallgießereibesitzer Ernst Oskar Käppel in Dresden und der Kaufmann Robert Martin Schneider in Röltz. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf Käppel und Schneider ist geschlossen. 1 A. Reg. 86a/21.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 2. Januar 1922.

#### Kali-Rohre.

Vom Albert-Schacht Niederhermsdorf des Steinkohlenwerkes Jauderode können in nächster Zeit noch größere Mengen Kali-Rohre mit G-schirr abgeholt werden. Anrechnung auf die zugeteilten Kohlemengen erfolgt nicht. Anträge auf Ausstellung entsprechender Bezugsscheine sind bis spätestens den 14. ds. Mon. hier zu stellen.

Dippoldiswalde, den 5. Januar 1922.

Der Stadtrat — Ortslohnstelle. —

Am 2. Januar 1922 war die »Weite Haute« der Gemeindegrundsteuer für das Rechnungsjahr 1921 fällig. Zahlung hat zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis zum 14. Januar da Js zu erfolgen.

Stadt Dippoldiswalde, am 6. Januar 1922. —

#### Certliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Fußwege streuen! Der plötzlich hereingebrachte Winter mit seinen Begleiterscheinungen, Schneefall und Kälte und die dadurch hervorgerufene Glätte der Fußwege, läßt es angezeigt erscheinen, die Grundstücksbesitzer im eigenen Interesse auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Wege vor ihren Grundstücken in gut gangbarem Zustand zu halten durch Ebnung und Bestreuen mit Sand oder Asche. Wie bekannt, werden die Grundstücksbesitzer bei Nichtbeachtung dieser Vorschriften bei etwaigen Unfällen verantwortlich gemacht. Darum Fußwege streuen!

Die Vertrauensmännerwahl zur Angestelltenversicherung findet am morgenden Sonntag von 12 bis 2 Uhr statt.

Gestohlen wurde dieser Tage in den frühen Abendstunden ein Handwagen, der mit verschiedenen Absätzen beladen vor einer Haustür der Schuhgasse stand. In den wenigen Minuten, da der Besitzer ins Haus gegangen, wurde er weggeschafft.

— Lagesordnung zur 1. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde am Mittwoch den 11. Januar 1922 vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft. Offizielle Sitzung: Statistik über die Erwerbslosenfürsorge im Jahre 1921. — Ergebnis der Viehzählung im amtsgerichtsamtlichen Bezirk am 1.12. 1921. — Bezirksprämien bei der Bullenhaltung. — Sachstand bezüglich der Prüfung der Umlagegetreidebestände in der Friedersdorfer Mühle. — Besuch der Gemeinde

Cunnersdorf um erhöhte Staatsbeihilfe für den geplanten Straßenneubau von Cunnersdorf nach Schlosswitz. — Einwendungen gegen die Verfahren bei den Gemeinderatswahlen in Niederstrauendorf, Reinholdshain, Hausdorf, Hartmannsdorf und Rehfeld. — Vereinigung des Rittergutes Reinhardtsgrima daselbst und des Rittergutes Lauenstein mit der Gemeinde daselbst bezw. mit den benachbarten Gemeinden. — 2. Nachtrag zum Ortsgebot über die Unterstήung der in den Ruhestand versetzten Bezirksbeamten für den Hebammenbezirk Fürstenwalde und Fürstenau. — 3. Nachtrag zum Ortsgebot für die Gemeinden Rechenberg und Holzhau und den Gutsbezirk des Staatsforstreviers Rechenberg über die Gebühren der Leichenfrau. — 5. Nachtrag zur Satzung der Sparkasse Nassau. — Nachtrag zum Ortsgebot für Bärensels über Erhebung einer Ortsabgabe von sogen. Sommerfrischlern. — Ortsgebot über die Errichtung einer Geschäftsortordnung für den Gemeinderat in Hermsdorf i. E. —

1. Nachtrag für die Satzung des Verbandes der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsen. — 2. Nachtrag zum Ortsgebot über die Freibank in Kreischa. — Geschäftsortordnung für die Stadtgemeinde Geising. — 2. Nachtrag zum Ortsgebot der Gemeinde Reinholdshain. — Besuch der Gemeinde Schmiedeberg um Erlaubnis zur Aufnahme eines Darlehns von 179 534 M. beim Landeswohnungsverband Dresden. — 3. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Schlosswitz. — 1. Nachtrag zum Ortsgebot der Gemeinde Reinholdshain. — Besuch der Gemeinde Saida um Verlängerung der Frist zur Rückzahlung des im Jahre 1921 aufgenommenen Darlehns von 3000 M. — 2. Nachtrag zum Ortsgebot für Lipsdorf über Erhebung einer Ortsabgabe von sogen. Sommerfrischlern. — Röthöffentliche Sitzung: Besuch des Dippoldiswalder Zweigvereins für Innere Mission um Erhöhung der bisherigen Bezirksbeihilfe für die hiesige Herberge zur Heimat. — Besoldungsregelung für einen Bezirksangestellten. — Aufnahme einer Versorgten aus Höckendorf ins Welfenstein gegen eine einmalige Kapitalabfindungssumme. — Neufestsetzung der Gehälter der Gemeindevorstände zu Schellerhau, Berthelsdorf, Dörschken und Falkenhain. — Besuch um Anerkennung als eigene Grundsteuerbezirke auf Grund § 11 des Grundsteuergesetzes der Gemeinden Beerwalde, Friedersdorf, Lipsdorf, Rechenberg, Ruppendorf, Seifersdorf, Dittersbach, Wilmsdorf, Vorla, Nassau, Preßendorf, Burkardsdorf und Röthenbach. — Besuch des Fleischhändlers Oswald Seidel aus Freital-Deuben um Erlaubnis zum Ausbau alkoholfreier Getränke in der in Malter an der Talsperre errichteten Verkaufshalle (neue Konzession). — Anderweitiges Besuch des Händlers Karl Ernst Eichler — Bärensels um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Spirituosen in dem Grundstück Nr. 3 der Ortsliste für Bärensels (neue Konzession). — Besuch des Gasthofbesitzers Bruno Schönbach — Bärenburg um Erlaubnis der Ausübung des Realrechts zum Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft einschl. Brannweinschank und zum Ausspannen sowie der persönlichen Befugnis zum Krippenfesten und zum Tanzmusikhalten in bezw. vor dem Grundstück Nr. 18 der Ortsliste für Bärenburg (Lebhaftagung).

Der Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) wird morgen Sonntag sein Weihnachtsvergnügen abhalten. Mit der Aufführung eines weihnachtlichen Heimatspiels von dem bekannten Schuldirektor Uhlig-Lauter, besetzt „Im Grenztorhaus“, wird den Besuchern etwas ganz besonderes Schönes geboten werden. Auch sieht das Programm noch verschiedene andere schöne Nummern vor.

Schmiedeberg. Am Sonntag wird im hiesigen Gasthof die Theaterdirektion Richard-Dresden ein Gastspiel veranstalten. Das Stück führt den Titel „Opfer der Liebe“; es ist von auswärtigen Zeitungen gut rezipiert. So heißt es z. B.: Der Zuschauer bleibt gesesselt und interessiert bis zum Ende, ohne daß etwa, wie bei dem sensationellen Titel ängstliche Gemüter vielleicht befürchten, die sittlichen und moralischen Gefühle verletzt oder die Sinnlichkeit aufgereizt wird. — Es stellt über das Durchschnittsmäß hinausgehende Forderungen an die Darsteller, denen sämtliche Mittelwende mit Leichtigkeit gerecht wurden.

— Im Jahre 1921 wurden hier 56 Kinder geboren (Totgeburten keine). Standesamtliche Eheschließungen erfolgten 40, kirchlich getraut 35 Paare. Gestorben sind insgesamt 23 Personen, davon auf hiesigem Friedhof beerdigt 22, kirchlich beerdigt 20. — 1896 (also vor 25 Jahren) wurden 43 Geburten und 25 Sterbefälle, 1796 15 Geburten und 12 Sterbefälle gezählt.

— Infolge der Glätte erlitten am Donnerstag nachm. auf der Molchgrundstraße 2 Personen Betäubtheit. Es dürfte wohl jedem zur Kenntnis bekannt sein, daß alles Rodeln

innerhalb des Ortes, besonders auf der Schenkstraße und Molchgrundstraße, verboten ist. Trotzdem aber findet dies zu wenig Beachtung, auch von Erwachsenen. Angemessene Bestrafungen müssen deshalb viel strenger gehandhabt werden.

Dresden. Durch die Veranstaltungen der Jahresschau Deutscher Arbeit im Sommer 1922 wird Dresden seinen alten Ruf als Kongressstadt zurückgewinnen. Es wird aber dabei auch die Pflicht erfüllen müssen, für den dann einzehenden starken Fremdenverkehr die nötige Unterkunfts möglichkeit zu schaffen. Bis heute stehen folgende Tage und Veranstaltungen fest: 4. Juni: Arbeiter-Sängerfest; 6. Juni: Autoveranstaltung (Allgemeiner Deutscher Automobilklub); 11. Juni: Elbgaufländerfest; 18. Juni: Arbeiter-Sportkongress; 24. und 25. Juni: Deutsche Keramische Gesellschaft; 29. Juni: Deutscher Baumwollschulenverband; 23. Juli: Regimentsfest Erfah-Infanterie-Regiment 23; 6. August: Hilfsverein Jäger-Bataillon 18; 10. September: Gan Sachsen des Deutschen Radfahrerbundes. Außer diesen werden noch folgende Verbände ihre Versammlungen in Dresden abhalten, deren genaue Termine noch festzustellen sind: Verband Deutscher Emailierwerke, Verein Deutscher Chemiker, Vereinigung Deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeräte-Fabriken, Verein der rheinisch-westfälischen Tafelglashütten, Ostdeutsch-sächsischer Hüttenverein, Verband Deutscher Glasfabriken für Medizinglas, Vereinigung Deutscher Hohlglasfabriken, Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigte Steingutfabriken, Verband der Glasindustriellen Deutschlands, Verband Deutscher Porzellansfabriken, Verband Deutscher Eisenporzellan-Jamentwerke, Sächsischer Handwerkertag, Deutscher Kalkbund, Einkaufsgenossenschaft Nord und Süd, Deutscher Zementbund, Deutsche Kartengesellschaft, Verband Sächsischer Industrieller, Verband deutscher Porzellanarbeiter. Schon diese Übersicht läßt erkennen, daß in der Zeit der Ausstellung im städtischen Ausstellungspalast vom Juni bis September ungezählte Tausende Dresden besuchen und hier übernachten werden. Da während der Zeit des allgemeinen Reiseverkehrs die Hotels an und für sich überfüllt sind, ergibt heute schon der Auftrag an die Bevölkerung Dresdens geeignete Quartiere zur Verpflegung zu stellen und sie möglichst bald dem Wohnungsnachwuchs des Dresdner Verkehrsvereins (Geschäftsstelle Hauptbahnhof Dresden) mit Anzahl der Betten und des Preises anzumelden. Wenn Familien für diese Sommerzeit noch etwas mehr als bisher zusammenrücken können und hierdurch Einzelquartiere freimachen, wird das Wohnungsamt jede Rücksicht walten lassen, um diesen freiwilligen Zwang nicht nach anderer Seite hin auszuüben. Es wird auch mancher Familie hierdurch Gelegenheit geboten, sich einen annehmbaren Nebenverdienst zu schaffen.

— Am Donnerstag gegen mittag fiel in einem Straßenbahnwagen der Linie 1 während der Fahrt durch die Prager Straße ein 58 Jahre alter Gutsauszügler aus Burkardsdorf bei Frauenstein plötzlich um und verschied in dem stark beschlagenen Wagen augenblicklich am Herzschlag.

— Wegen Kriegsvergehens hatten sich am 25. Oktober vergangenen Jahres der Direktor des Dresdner Zoologischen Gartens, Professor Brandes, und der Gehilfe Kommerzienrat Georg Arnhold vor dem Dresdner Schöffengericht zu verantworten. Es handelte sich in jenem Prozeß um die Milchkuh, die im Zoologischen Garten gehalten wurden, und die während des Krieges fleißig für andere Zwecke gemolken worden sind. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, doch hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, sobald die ganze Angelegenheit noch einmal und in größerer Auslage aufgerollt wird.

— In der Jahresträumchau der sächsischen Regierung „Ein Jahr sächsische Politik“ wird vom Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft, unter anderem geschrieben: Eine umfangreiche Arbeit wurde auf die Ausgabe der Neuordnung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung verwandt. Der Landeskulturrat soll in eine Landwirtschaftskammer mit Fachkammern für Forstwirtschaft und für Gartenbau umgestaltet werden. Das entsprechende Gesetz wird demnächst zur Vorlage gelangen. Die Notwendigkeit der Befragung einer großen Anzahl beteiligter Stellen macht den Abschluß dieser Arbeit bis zum Jahresende unmöglich. Die gegenwärtige Wahlperiode der Mitglieder des Landeskulturrates wurde durch ein neues Verlängerungsgesetz vorläufig weiter ausgedehnt.

Pleina. Wegen Wechsel- und Scheinfälschungen in großem Umfang — sie sollen 1/4 Million Mark betragen — ist der frühere Privatdetektiv Dimitroff, der jetzt in Pöhlitz wohnt und an einem Handelsgeschäft beteiligt ist, auf dem

hiesigen Bahnhofe in dem Augenblick verhaftet worden, als er auf der Durchreise in Pölscha nach Dresden einer Angestellten seiner Firma Anweisungen erteilen wollte. Es wird auch gesagt, daß durch Dimroth eine Dresdner Firma ruinirt worden sein soll.

**Neustädtel.** Nach der Verpflichtung und Einweisung der wieder- und neu gewählten Stadtverordneten durch Bürgermeister Dr. Richter sollte die Wahl des ersten Vorsteher folgen; da aber ein sozialdemokratischer Vertreter fehlte und je 7 der Rechten und Linken anwesend waren, stellten die letzteren den Antrag auf Verlagerung der Wahl, angeblich, weil die Einladungen zu spät behandelt worden seien. Als dieser Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt worden war, verließen die Sozialdemokraten sämtlich den Saal, so daß die Sitzung wegen Beschlusshilflosigkeit geschlossen werden mußte.

**Lipzig.** Ins Krankenhaus St. Jakob ist ein 22 jähriges Mädchen, das auf dem Rittergut Ramsdorf bedient wurde, in schrecklich zugerichtetem Zustande eingeliefert worden. Das Mädchen hatte der Vorschrift entgegen den Boden auf dem Dreschmaschinenkasten weggenommen, um die Maschine zu reinigen, geriet hierbei in die Maschine, wobei ihr beide Beine zerstört und innere Teile schwer verletzt wurden. Um das Mädchen zu befreien, mußte die Dreschmaschine teilweise abmontiert werden.

**Borna.** Die Veruntreuungen des Gemeindevorstandes Heinrich im nahen Lohstädt sollen eine Höhe von rund 150000 M. erreicht haben. Heinrich ist hauptsächlich ein Opfer der Spiel- und Wettsiedlung geworden. Der Ungetreue, der aus Schellenberg bei Augustusburg stammt und 37 Jahre alt ist, wird seit November normiert.

**Burgstädt.** Bürgermeister Roth will seine Schuldlosigkeit beweisen. Er erklärt öffentlich, er habe gegen das in der Pauschalgelegenheit ergangene Urteil Berufung eingelegt und erwarte, da er keinen Gewissens nach wie vor seine Schuldlosigkeit versichern und beweisen könne, einen anderen Urteilspruch. Er bittet die Einwohnerschaft daher, mit ihrem Urteil über diese Sache bis dahin zurückzuhalten.

**Leisnig.** Die bisherigen Stadträte sind am 31. Dezember aus ihren Ämtern ausgeschieden, so daß unsere Stadt zurzeit ohne Stadträte ist.

**Chemnitz.** Der Bezirksausschuß der hiesigen Amtshauptmannschaft beschäftigte sich in seiner Sitzung am 5. Januar mit einer Hinterziehung der Vergnügungssteuer, und wurde einem Turnverein, dessen Sportabteilung sich einer Hinterziehung der Vergnügungssteuer schuldig gemacht hatte, aufgegeben, sich durch Zahlung von 500 M. Buße, d. i. etwa das Zehnfache der hinterzogenen Steuer, vor weiteren Maßnahmen zu bewahren. (Der Bezirksverband hat das Recht, das zwanzigfache der hinterzogenen Steuer zu fordern.)

**Annaberg.** Mit dem 1. Januar wurde der Betrieb des Ferngaswerks Annaberg aufgenommen. Am 30. Dezember wurde der Vertrag zwischen den Städten Annaberg, Buchholz, Eiterlein, Grünhain, Jöhstadt, Scheibenberg und Schleitau und den Landgemeinden Bärenstein, Crazahl, Crottendorf, Cunnersdorf, Frohnau und Schma abgeschlossen. Die überflüssigen Heizgase gedenkt die Stadt Annaberg durch eine Fernheizanlage auszunützen. — Weiter wird auf dem Häuserblod Markt—Klosterstraße—Frohnauer Gasse—Münzgasse die Errichtung eines Handelshauses für Laden-, Geschäfts-, Bureau- und Wohnräume geplant.

**Falkenstein.** Die städtischen Kollegen haben einstimmig beschlossen, für die Ausbeesserung der Explosionschäden am Rathaus 49010,50 M. und für desgleichen an der Reichsbank 478,20 M. nach Abzug der von der Landesbrandkasse bewilligten Schädenvergütung aus Anleihemitteln zu bewilligen, ferner wurden 384547 M. Mehrbezüge auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 14. November 1921 für die Gemeindebeamten usw. bewilligt.

**Berdau.** In der ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkongresses wurden von den Sozialdemokraten bei der Vorsteherwahl die Bürgerlichen vollkommen ausgeschaltet. Kraft ihrer Wehrheit wählten die Linksparteien mit 13 gegen 10 Stimmen als ersten Vorsteher einen Sozialdemokraten, als ersten Vizevorsteher einen Kommunisten. Die Bürgerlichen verzichteten nach diesem Vergewaltigungssatz darauf, Vorschläge für den dritten Vorsteherposten zu machen; es wurde ein weiterer Sozialdemokrat gewählt.

## Von Woche zu Woche.

### Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

• Zu Neujahr wurde zwischen dem Verkehrsminister und den beteiligten Verbänden ein Vergleich abgeschlossen, der den Tarifvertrag aussichtsreich und befriedigend soll. Wird der Wirtschaftsfrieden Dauer haben? Das hängt in erster Linie davon ab, ob die Führer sämtlich gewillt und befähigt sind, die Mehrheit der Arbeiterschaft zur Abwehr gegen etwaige Feinde mobil zu machen.

Wie steht es nun mit dem Durchbruch der Vernunft in der „hohen“ Politik? — Im Altertum wußte man sich mit der Schicksalsfrage nach Delphi und bekam eine mehrdeutige, rätselhafte Antwort. Heute soll das Oraef aus der schönen Gegend von Cannes kommen. Aber die Wissbegierigen fragen noch immer da, wo sie im vorigen Jahre Geduld üben mußten, nämlich im Wartezimmer auf der langen Bank. Die Machthaber, die als Baumeister der Zeitgeschichte dort tagen, fangen soeben erst ihre schwere Arbeit an. Wann und wie sie werden wird, wissen sie vermutlich selber noch nicht.

Den Staatskünstlern im Umherziehen wollen wir kein Unrecht tun und deshalb gelten lassen, daß ihnen die Aufgabe sehr sauer gemacht worden ist. Wie hat die Sache sich ausgewachsen? Aus der deutschen Frage wurde eine europäische Frage, und dann griff das Feuer auf Asien und Amerika hinüber, so daß gegenwärtig die ganze nördliche Halbkugel der Erde auf dem Operationstische liegt. Flottenbau für den Atlantik und den Pazifik und das Mittelmeer, Befestigung von U-Booten, Abrüstung zu Lande, alte und neue Schuh- und Truhblindnisse, Welthandel und Weltwirtschaft, Arbeitslosigkeit und Salutanz, Moratorium und Kredithilfe, — das alles und noch manches

Unabhängsel verquickt sich ineinander. Ein gordischer Knoten! Alexander der Große soll wenigstens dieses Knudengewirr mit dem Schwerte durchgehauen haben. Die kleinen Alexander der Neuzeit müssen an dem Knoten ihre Finger abreißen; denn die Erfahrung von drei Jahren hat sattsam gelernt, daß mit der rohen Gewalt kein Heil zu erreichen ist, auch nicht für die sogenannten Sieger.

Dazu kommt noch, daß die Machthaber in Cannes gezwungen sind, sich selbst zu korrigieren. Ihr vermeintliches Meisterwerk von Versailles steht den nachfolgenden Dictaten, die sich als undurchführbar erweisen. Der Mensch sträubt sich, wenn er seinen Mißgriff eingestehen und wieder gutmachen soll.

Sollen wir mit solchen unvorteilichen Betrachtungen uns die Wortezeit vertreiben? Weiter können wir ja vorläufig nichts tun.

## Vloyd Georges Reparationsplan.

### 500 Millionen in vier Raten bis 15. April.

Vor Eröffnung der eigentlichen Tagung des Obersten Rates in Cannes haben wichtige Vorbesprechungen zwischen den Alliierten stattgefunden. Vloyd George und Briand haben sich in mehreren Unterredungen über die Bedingungen verständigt, unter welchen sich der Oberste Rat mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschäftigen wird. Sie haben ein Programm aufgestellt, das Fragen politischen Inhalts streng ausschließt. Die Arbeit der Konferenz soll ausschließlich wirtschaftlich und finanziell sein. Sie wird besonders Mittel und Wege suchen müssen, die Wachstumsrate zu verbessern, eine Wiederaufnahme des Warenaustausches in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Welthandel größere Tätigkeit und Regelmäßigkeit zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Russland zu dieser Konferenz geladen werden.

Die Grundlage der unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Sachverständigen war der Vorschlag Vloyd Georges. Da Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Belüge am 15. Januar und 15. Februar voll zu bestricken, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen, von jetzt ab bis 15. April, verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen, das ein Vorrecht an 2 Milliarden Goldmark hat. England würde seinerseits auf nahezu den ganzen Betrag von 500 Millionen Goldmark verzichten, welche ihm zukehren, und würde nur 60–80 Millionen erhalten. Italien, welches 180 Millionen erhalten sollte, würde ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen. Der englische Ministerpräsident hat dessen besondere Lage anerkannt.

Das Abkommen Voucheur-Rathenau wurde von England angenommen und sofort für die erste Periode von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen im Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 30. August würde zu Frankreichs Gunsten gelindert, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde.

Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfaßt gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen, denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Reparationsfrage. Das Garantiesystem schließt insbesondere ein: Eine Kontrolle der Reichsbank, die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife, die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkaufen werde, die Einschränkung des Papiergeldumlaufs, die Zurückhaltung aller Devisen, die sich Deutschland durch seine Ausfuhr beabsichtigt, nach Deutschland und ihre Verwendung für die Reparationen.

Nach „Echo de Paris“ hat sich Italien nach einigem Schwanken dem in London zwischen Vloyd George und Briand vereinbarten Zahlungsplan für die Jahre 1922, 1923 und 1924 angeschlossen. Die Vertreter Belgiens seien also isoliert.

## Das Washingtoner Marineabkommen.

### Das Ergebnis der Abrüstungskonferenz.

Das Marineabkommen von Washington ist endlich fertiggestellt und wird in der nächsten Vollsitzung der Konferenz unterzeichnet werden. Es enthält u. a. Bestimmungen über die Einschränkung der Tonnage, des Geschützmaterials und der Zahl der Großkampfschiffe sowie über die Erzbauten. Ferner sind Bestimmungen über die Flugzeugbegleitschiffe und die leichten Kreuzer und Avisoerungen über die Verwendung der Unterseeboote im Kriegsfall und das Verbot, Handelschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden, enthalten.

Das Abkommen wird außerdem Bestimmungen über die Verwendung von Bomben im Luftkriege enthalten und bestimmte Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatvertretern für Rechnung fremder Staaten aufstellen. Bestimmungen über die künftige Kriegsführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegsführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. Auch die Aufführung der Geschütze an Bord der Einheiten erster Klasse soll geregelt werden. Ferner wird das Abkommen Richtlinien über die Einberufung periodischer Konferenzen geben, die Abänderungen an den Bestimmungen des jetzt zu schließenden Vertrages vornehmen können.

Zum Weißen Haus in Washington ist man über das Ergebnis der Washingtoner Abrüstungskonferenz sehr enttäuscht, und dies mit Recht. Von dem gesamten Haushalt, der zu soviel Hoffnung berechtigte, ist lediglich die Frage der Großkampfflottent-

nage zur Zustimmung geregt worden. Die Frage der U-Boots-Tonnage ist nach wie vor ungeklärt, da die neuerdings von Frankreich und, wie es scheint, auch von Japan angenommene Resolution Root über die Verwendung der U-Boote auf die Tonnage der U-Boote gar nicht eingeht. In der Frage der Landstreitungen ist es infolge der hartnäckigen Weigerung Frankreichs überhaupt zu keiner Erörterung gekommen.

Was endlich die Fragen des Herrn Odens betrifft, so ist nur über Kabelrechte auf Kap endgültig entschieden worden, während über das sogenannte Biermarktsabkommen immer noch keine Klarheit erzielt ist, da sich Japan gegen die Auslegung, das Abkommen erstrecke sich auch auf das japanische Inselreich, entschieden sträubt. Die Regelung einer weiteren, sehr wichtigen Ostfrage, nämlich des Besitzrechts an der Schantungsbahn, wurde einer neuen Konferenz vorbehalten.

## Die Teuerung im Dezember.

### Erneute Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer ist im Dezember 1921 abermals gestiegen. Im einzelnen teilt das Statistische Reichsamt darüber folgendes mit:

Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Monats Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, hat sich die Aufwärtsbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Ausgaben für Ernährung, Belebung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember 1921 von 1397 auf 1550, demnach um 153 Punkte oder 11 v. H. gestiegen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt jetzt die Steigerung 66 v. H. und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, 76,1 v. H.

Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung im Berichtsmonat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungsmieten nur in verhältnismäßig wenigen Gemeinden angenommen wurden. Daneben wurden auch weitere, teils beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein, die im November 1914 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben tragen im Berichtsmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nährmittel, Hühnchenfleisch und besonders Fleisch zeigen erneut an, auch Gemüse, Kartoffeln, Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Fleise war (bis Mitte Dezember) nicht einheitlich.

**Die Teuerungskosten der Beamten.**  
Im Reichsfinanzministerium trafen die Vertreter der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen zu den lange erwarteten Verhandlungen über die neue Teuerungskostensatzung für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches zusammen. An den Verhandlungen nahmen Vertreter aller Reichsressorts, des preußischen Finanzministeriums und Mitglieder des 23. Ausschusses des Reichstages teil. Es herrschte auf allen Seiten das Bestreben, die Verhandlungen so rasch zu führen, daß dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentreffen am 19. Januar eine Vorlage zu gehen kann.

Anfang nächster Woche wird die Verhandlung fortgesetzt und dabei zunächst mit der Einzelberatung der Arbeiterfragen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit den Finanzministern der Länder sich ausgesprochen haben wird. Im unmittelbaren Anschluß an die Arbeiterfragen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden.

## Politische Rundschau.

Der Führer der Koblenzer Eisenbahner, der von Amerikanern während des Streites verhaf tet worden war, ist jetzt aus der Haft entlassen worden.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den bisherigen Vorsteher, Kammergerichtsrat Dr. Gaspari (D. W.) gegen die Stimmen der Linken wieder gewählt.

Die Stettiner „Ostseezeitung“ ist an ein Konsortium der Deutschen Volkspartei verkauft worden. Damit verliert die Demokratische Partei ihr Organ in Pommern.

**Um das Steuerkompromiß.** Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium, die dem Steuerproblem galten, sind nicht auf die regierungskundlichen Parteien beschränkt geblieben, sie sind auch auf die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und auf die Unabhängigen ausgedehnt worden. Die Bemühungen der Reichsregierung sind darauf gerichtet, vor Beginn der zweiten Sessung der Steuerverhandlungen im Reichstag die gegenwärtigen Forderungen der Parteien so auszugleichen, daß die Verabschiedung im Plenum möglichst rasch und ohne schwierige Kämpfe erfolgen kann.

**Die Wünsche der höheren Beamten.** Aus Anlaß der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium sind Vorschläge zu einer Besoldungsreform durch den Reichsbund höherer Beamten unterbreitet worden. Diese geben nach einem Hinweis auf die Mängel des bisherigen Systems folgende Richtlinien für eine Neuordnung: 1. Dem Aufbau des Besoldungssystems ist das Existenzminimum zugrunde zu legen; 2. zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen wie innerhalb derselben muß ein prozentual gleichmäßiger Aufstieg der reinen Einkünfte gewährleistet sein; 3. an Stelle der veränderlichen Teuerungszulagen tritt die automatische Angleichung der Gehaltbezüge an die jeweilige Gehaltsskala. Zur besseren Verstärkung des Einkünftes wird die Gewährung von Anstellungszulagen in ausreichender Höhe zu einem für alle Besoldungsgruppen gleich hohen Mindestbetrag vorausgesetzt.

Entscheidung er sucht, zu erlassen, ob die Abstimmung über die Abstimmung im Grundgesetz wirksam folgen.

Welche Vorgänge? So eine Art von endete 17. Vendete 6. Aufruf zu erachten. Die Beppisterium

mania“

Weihnachtsland ver

Hagen, Stern, Peter

ius-Ordnung

herrn Th

vestor-Dic

abgeordne

Komtur

Wirtschaftsbe

Vertreter bei

der

Amtsbezei

gen sei,

aber auch

Beamtenre

recht zu

hat auf die

vor. Es

verfaßt.

Großhan

in dem

und Preu

hamburg

leisten an

Regelung

zu

zu ihrem

Die

20 000 ho

zu bestelle

Der

eine Entsc

hiedlich

Die

Regierung

der ameri

Spanien,

der hine

den, an d

**Die künftige Landbahn der Beamten.** In einer Entschließung hat der Reichstag die Reichsregierung ersucht, für die künftigen Landbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen allgemein gültige Grundsätze zu erlassen. Diese Grundsätze sollen für Beförderungen sowohl den Nachweis der Befähigung durch Ablegung der Prüfung als auch durch die Bewährung im Dienst gelten lassen. Die Aufstellung dieser Grundsätze soll nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Beamten erfolgen. Folgende Punkte werden dabei zu klären sein: Welche Vorbildung ist von den Beamten zu verlangen? Soll für die in Gruppe V eintretenden Beamten eine gewisse Vorbildung gefordert werden? Welche Art von Vorbildung ist zu verlangen? Ist das vollendete 17. Lebensjahr als Mindestgrenze und das vollendete 65. Jahr als Höchstaltersgrenze für zutreffend zu erachten? Welche Prüfungen sind zu verlangen? Die Besprechung soll am 13. Januar im Reichsministerium des Innern stattfinden.

**Hohes päpstliche Auszeichnungen.** Wie die „Germania“ erfährt, hat der Papst anlässlich des hl. Weihnachtstages folgende Auszeichnungen nach Deutschland verliehen: Dem Bankier Geheimrat Dr. h. c. L. Hagen, Köln, Großkomtur des Sylvester-Ordens mit Stern, dem Großindustriellen Geheimrat Dr. h. c. Peter Klossner, Duisburg, Komtur des Gregorius-Ordens mit Stern, dem Großindustriellen Freiherrn Th. von Guillau, Köln, Komtur des Sylvester-Ordens und dem Großindustriellen Reichstagsabgeordneten Dr. Klossner, Löttringhausen, Westf. Komtur des Gregorius-Ordens.

**Amtsbezeichnungen.** Über die Frage der Amtsbezeichnungen hat nochmals eine Besprechung der Vertreter sämtlicher Reichsressorts stattgefunden. Hierbei ist die Frage erörtert worden, ob eine Aenderung der jetzt in dem Besoldungsgesetz vorgesehenen Amtsbezeichnungen ohne gesetzliche Maßnahmen zulässig sei. Die Frage ist verneint worden, zugleich aber auch dahin Stellung genommen worden, daß der Weg des Gesetzes, um noch bestehenden Wünschen der Beamenschaft hinsichtlich der Amtsbezeichnungen gerecht zu werden, zurzeit nicht beschritten werden könne.

**Der Kampf um Groß-Hamburg.** Neuerdings hat das preußische Handelsministerium als Antwort auf die bekannte Hamburger Denkschrift vom Oktober vor, ja, eine Denkschrift zur Groß-Hamburger Frage verfaßt. In dieser Denkschrift werden die Ansprüche Groß-Hamburgs geprägt und der Rahmen angegeben, in dem sich die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen abspielen werden. Wie verlautet, wird Preußen mit einer Reihe von Vertragsentwürfen an Hamburg herantreten, die die bestehenden Schwierigkeiten aus der Welt schaffen sollen. Die preußische Regierung verhält sich den weitgehenden Forderungen Hamburgs gegenüber nach wie vor ablehnend.

**Die vorjährige Kaiserin Zita ist incognito von Kunkal zu ihrem ersten Kinder nach der Schweiz abgereist.**

**Die Belgrader Regierung beschloß, in Deutschland 20 000 Holzhäuser, ähnlich jenen an Frankreich gelieferten, zu bestellen.**

**Der Washingtoner Ausschuss für den Fernen Osten hat eine Entschließung angenommen, die sich für die eventuelle Durchzüchtung der fremden Truppen aus China ausspricht.**

**Die amerikanische Regierung hat an die ungarnische Regierung eine Note gerichtet, in der wegen Beleidigung der amerikanischen Ungarn Protest erhoben wird.**

**Nach einer Havasmeldung aus Washington sollen Spanien, Deutschland und Italien, die an der Frage der chinesischen Fälle interessiert sind, aufgesondert werden, an der zu bildenden internationalen Polikommision teilzunehmen.**

#### Iceland: Der Kampf um den Frieden.

**Der Präsident der irischen Republik De Valera hat unmittelbar vor der bevorstehenden Abstimmung des Irland-Parlaments über den Friedensvertrag noch einmal einen Aufruf erlassen, in dem er die dringende Forderung an das frische Volk richtet, seiner natürlichen Sehnsucht nach Frieden nach der langen Spannung zu widerstehen und sich nicht in eine Entscheidung stürzen zu lassen, für welche die kommenden Generationen ihm suchen würden. Zum Schluß entwirkt De Valera die von ihm vorgeschlagenen Abstimmung, die eine wesentliche Abänderung des in London unterzeichneten Vertrages vorsieht. Die Hauptunterschiede bestehen darin, daß der Treueid und jede Bezugnahme auf Ulster im Text des von De Valera vorgeschlagenen Vertrages fehlen. Der Vertrag erkennet aber den König als Haupt des britischen Staatenverbundes an, mit dem Irland in Angelegenheiten von gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten werde. Der Vertrag gestattet keinem Teil Irlands das Recht zu, von der obersten Autorität des irischen Parlaments ausgenommen zu werden, gewahrt aber Nordirland Vorrechte und Garantien, die nicht weniger wesentlich sind, als die im Londoner Abkommen vorgesehenen.**

#### Amerika: Zurückziehung aller Rheinlandtruppen.

**Das Kongressmitglied Britton hat einen Antrag eingereicht, in dem Präsident Harding aufgesondert wird, auf der Abstimmungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Britton erklärt, daß dadurch jährlich 125 Millionen Dollar exportiert werden könnten und Deutschland in die Lage versetzt werden würde, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden.**

#### Amerika: Ein neuer Kriegsverschwörer.

**In Amerika ist ein Buch über den nordamerikanischen Gesandten Page erschienen, der während des Weltkrieges in London amtierte. Er war einer der ausgesprochenen Deutschenfeinde, der an der Theorie mit dem englischen Minister des Auswärtigen Grey beständig unter einer Decke stand. Er ist in erster Reihe gewesen, der den Präsidenten Wilson für die Teilnahme am Weltkriege zu gewinnen wußte, die längst befürchtet war, als die Proklamation des unbedeutenden U-Boot-Krieges zu Anfang 1917 den Anfang dazu gab. Page hat in London dieselbe verhängnisvolle Rolle gespielt, wie der französische Botschafter Barrière in Rom, der Italien zum aktiven Vorschlag veranlaßte. Um Weltgewandtheit und Mächtigkeit waren diese beiden Diplomaten den ehrlichen, aber etwas steifen deutschen Vertretern im Auslande weit überlegen.**

#### Amerika: Gesetzliches Lynch-Verbot.

**Dem amerikanischen Kongreß liegt gegenwärtig unter dem Titel: „Der Anti-Lynch-Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Lynchens vor, durch das dieser dunkle Blud auf dem Ehrenschuh Amerikas“ ein für öffentlich bestallt**

werden soll. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes ist eine schwere Strafandrohung für die Gemeinde, deren Bewohner die Schmach einer Lyncherei über sich ergehen lassen. Genauso werden die Beamten, die gegen eine Lynchhandlung nicht mit der nötigen Energie eintreten, hart bestraft. Die Gegner des Gesetzes machen geltend, daß es bei Lyncherei kein Ende machen werde. Außerdem wird es allgemein begrüßt, daß nunmehr von Gesetzen wegen mit dieser Schmach ausgeräumt werden soll. Die Vertreter der Südstaaten haben sich alle Mühe gegeben, die Erörterung des Gesetzentwurfs zu vereiteln, aber ohne Erfolg.

#### Der Gold für Lettow's Askaris.

**Berlin, 6. Januar.** Wie man von zuständiger Stelle hört, wird die Frage der Bezahlung des ausständigen Soldes für die deutsch-africanischen Askaris bis 4 Jahre unter General von Lettow-Vorbeck gekämpft haben, gegenwärtig zwischen London und Berlin verhandelt.

#### Das deutsche Eigentum in Italien.

**Rom, 6. Januar.** Das „Giornale d'Italia“ sieht in einem offenbar inspirierten Artikel auseinander, die italienische Regierung werde in nächster Zeit die Liquidierung des deutschen Eigentums vornehmen, falls nicht schnell eine Einigung über die Ablösung erfolge. Zu diesem Artikel des „Giornale d'Italia“ bemerkt der „Paese“, die eventuelle Liquidierung dürfe keinesfalls zugunsten Privater, sondern höchstens zugunsten des Staates erfolgen. Bereits bilde sich unter den Alspizien eines bekannten Großfinanziers und Senators ein Liquidationskonsortium, das das deutsche Eigentum in seinen Besitz bringen möchte. Der „Paese“ droht mit Enttäuschungen, falls die Regierung auf eine solche Spekulation eingehen sollte.

#### Militärische Drohungen Russlands.

**Stockholm, 6. Januar.** Wie aus Helsingfors gemeldet wird, stand in der Nähe der finnländischen Grenze ein Manöver der Sowjetarmee statt, woran 4–5 Sowjetdivisionen, im ganzen 30–35 000 Mann, teilnahmen. Im Zusammenhang damit verbreitete sich in Finnland das Gerücht von Kriegskomplikationen an der Grenze.

#### Entführung eines englischen Journalisten.

**Dublin, 6. Januar.** Hier wurde plötzlich der Sonderberichterstatter der „Times“ von drei Männern in einem Kraftwagen nach Cork entführt. Es wird von ihm ein Widerruf einer von ihm verfaßten Meldung verlangt. Als das Sinnfeinerparlament wieder zusammentrete, erhoben die Pressevertreter Einspruch und forderten die Freilassung ihres Kollegen sowie Bestrafung der Schuldigen. Darauf erfolgte die Freilassung des Journalisten.

#### Sturmwetter und Hochwasser.

**Ein schweres Unwetter herrscht zurzeit an der Nordsee- und Ostseeküste.** In Cuxhaven hält das schon tagelang herrschende Unwetter weiter an, beginnt aber mehr eine winterliche Art anzunehmen, denn an die Stelle von Regenschauer sind Hagel- und Schneeböen getreten. Der ausländische Schiffsvorlehr steht nach wie vor. Nur an der Elbmündung hat sich eine Flotte seewärts bestimmter Dampfer angestellt. Im Fischereihafen liegt die ganze Cuxhavener Fischdampferflotte bis auf zwei Dampfer wegen Kohlewangels still. Von der Ostsee wird berichtet, daß namentlich bei Rügenwalde der Sturm schweren Schaden angerichtet hat. Die Wassermassen traten in die Wipper und Grabow und liegen diese über die Ufer treten. Auch in Germünde ist an der Westseite an zwei Stellen das Böschwerk ausgerissen und mehrere Teile der Westhafenstraße sind unterprägt worden. An der Ostseite hat die schwere See an den Dänen große Verwüstungen angerichtet, so daß sich dort baldige Uferschutzmauern als nötig erwiesen. In Damkerort kommen die Wogen bis in die Straßen des Dorfes, und die Bewohner müssen sich schon zum Verlassen ihrer Häuser bereit machen. Viele Ställe und Scheunen stehen unter Wasser. Der von den Fluten geschaffene Durchbruch hat neuerdings 150 Meter der Düne weggerissen. Auch hier sind umfangreiche Befestigungsarbeiten dringend erforderlich.

**Im Mittel- und Süddeutschland richtet das Unwetter ebenfalls viel Schaden an.** Aus Baden und Württemberg werden heftige Schneefälle gemeldet. In der Niederrheinebene liegt der Schnee mehrere Centimeter hoch, im Schwarzwald ist die Schneedecke in den höheren Tagen bis auf dreiviertel Meter angezogen. Die Temperatur ist sogleich bis auf 10 Grad unter Null gesunken. Im Hochschwarzwald mußte infolge des massigen Schneefalles der Bahnslitten in Tätigkeit treten, um den Verkehr von Dorf zu Dorf aufrecht zu erhalten. Nebenbei hat regster Wintersportverkehr eingesetzt. Aus Gerolstein werden von der Hocheifel und der Schneiseifel große Schneefälle gemeldet. Eine ganze Anzahl Ortschaften ist völlig eingeschneit und von jedem Verkehr abgeschnitten. — Die Saale ist in der Nähe von Jena und Rudolstadt aus ihren Ufern getreten. Bei weiterem Steigen sind schwere Schäden unvermeidlich. Infolge des Hochwassers der Tettau mußte der Zugverkehr Rothenkirchen-Tettau eingestellt werden. — Selbst Frankreich hat unter der Witterungslage zu leiden. „Echo de Paris“ meldet, daß 16 französische Schiffe, darunter mehrere Fischerboote, an der Küste in Seenot geraten sind. Die telegraphischen Verbindungen in Nordfrankreich sind durch Sturmwellen teilweise zerstört.

#### Im Banne des Okkultismus.

**Ein aufsehenerregender Selbstmord hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, in Berlin am 1. Weihnachtsfeiertag zugewendet. Ein 38-jähriges Frau ein Müller-Heching, das bei einer Familie Dauer wohnte, vergiftete sich in okkultistischer Verzückung mit Veronal und Morphin. Hr. M. war der „Okkultistischen Volkshochschule“ der angehörigen „Verein“ Weber-Mobius als lebenslängliches Mitglied beigetreten und zeigte seit dieser Zeit eine auffallende Veränderung in ihrem Leben. Sonst heiter und fröhlich, legte sie von den Besuchen bei Weber-Mobius seit in seltsamer Verzückung nach Haus zu Hause viel von überirdischen Dingen. Am 1. Weihnachtsfeiertag war sie wieder bei dem „Verein“ zu Gast und lehrte erst spät in der Nacht,**

wiederum ganz verzückt, nach Hause. Sie bat die noch wachenden Habschensche Eltern, am andern Morgen sie nicht zu weden.

Am nächsten Tage erschien bei Habsch der Herr „Professor“ und verlangte, Hr. M. zu sprechen. Auf die Bemerkung, daß diese noch totsse, erklärte er, daß Hr. M. wohl nicht mehr lebend sei. Bestätigt sieß Frau Habsch das verschlossene Zimmer Hr. Möllers öffnet, und in der Tat lag sie bewußtlos, jedoch noch nicht tot zu Bett. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte die selbst im österreichischen Bergbau fest und überführte Hr. M. in ein Krankenhaus, wo sie drei Tage später an den Folgen der Vergiftung starb. In ihrem Zimmer fand man einen offenen Brief, in dem Hr. M. den Professor Weber-Mobius als Testamentsvollstrecker und Universalerben einsetzte. Der „Professor“ handelte durchaus begreiflich, denn er erklärte, daß alle lebenslänglichen Mitglieder seiner Gesellschaft ihn zum Universalerben einsetzen. Das Hab und Gut des Hr. M. holte er sich auch bald als sein Eigenum ab.

Der Fall bestätigt natürlich zurzeit die Berliner Kriminalpolizei, die in die Geheimnisse der Okkultistischen Volkshochschule nicht näher eingedringen bedachtigt. Der Selbstmord des Hr. M. gibt hoffentlich den Behörden die Möglichkeit, nicht nur den eigenartigen Weber-Mobius, sondern alle „okkultistischen Führer“, soweit es sich nicht um anerkannte Wissenschaftler handelt, näher kennen zu lernen und ihren Treiben, soweit es geboten erscheint, ein energisches Halt entgegenzusetzen.

#### Aus Stadt und Land.

**Eine neue Kälteperiode.** In Baden und Württemberg sind in den letzten Tagen erhebliche Schneemengen niedergegangen. In den Schwarzwaldbergen herrscht nunmehr voller Winter. Infolge eines 48 Stunden-Schneefalles sind die Berge bis zu den Tälern herab mit Neuschne bedeckt. In den höheren Bergregionen liegt der Schnee durchschnittlich 50 bis 75 Centimeter hoch. Alle bekannten Wintersportläden melden sehr gute Model, Ski und Schneeschuhbahnen. Im Alpengebiet, in den Schweizer Bergen sind gewaltige Schneemassen niedergegangen. Im Engadin liegt Neuschnee bis zu 1 Meter hoch. Verschiedene Bergdörfer sind von der Außenwelt abgeschnitten, da sie vollständig eingeschneit sind.

**Drei Kinder von der eigenen Mutter vergiftet.** In Berlin-Charlottenburg hat sich eine schreckliche Familiendirge abgespielt. Die Frau eines Direktors Ebbele versuchte dort, sich und ihre drei Kinder mit Gas zu vergiften. Hausbewohner kamen hinzu und sorgten für ärztliche Hilfe, die bei Frau Ebbele von Erfolg war. Die drei Kinder im Alter von 8, 6 und 3 Jahren sind gestorben. Die Grinde, die Frau Ebbele zu der grauenhaften Tat veranlaßt hat, sind bisher noch unbekannt. Der Gatte ist zurzeit verreist und konnte daher nicht vernommen werden.

Über die Tat selbst ist bekannt, daß Frau Ebbele während der Abwesenheit der Dienstmädchen die Türen dreier Zimmer mit einem großen Bohrer angebohrt und einen langen Schlauch zusammengelegt hat, der von der Küche aus durch drei Zimmer bis in das Wohnzimmer reichte. Im Wohnzimmer selbst stellte sie aus Stühlen, Bettstücken und einer Matratze ein improvisiertes Lager her. Die Kinder wurden auf die Matratze gebettet, und sie selbst legte sich auf die Matratze. Sie hat nun den Gasbahn in der Küche geöffnet, und das Gas hat das Wohnzimmer angefüllt und die Vergiftung der vier Personen bewirkt.

**Neues Lawinenunglück bei Innsbruck.** Im Wattental, einem Seitental des unteren Innthal, sind fünf Touristen in eine Lawine geraten. Sie konnten sich selbst aus dem Schnee herausarbeiten und einen dritten Kameraden, allerdings nur als Leiche, bergen. Von Innsbruck ist eine Rettungsexpedition abgegangen. Aus Südtirol werden schwere Bergstürze gemeldet, die indes keinen Schaden angerichtet haben.

**316 Kronen für ein Brot.** In Wien wurde der Preis für ein Laib Brot im Gewicht von 1260 Gramm auf 316 Kronen, für 1 Kilogramm Brotzehn auf 500 Kronen festgesetzt.

**Schwerer Brandschaden in England.** Wie aus London berichtet wird, sind in Hartlepool infolge des dort herrschenden Brandes 70 Häuser zerstört worden und 1500 Personen obdachlos geworden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Pfund.

**Die deutschen Gewerkschaften haben für das hungrende Rußland 4 767 202 Mark gesammelt.**

**In der japanischen Hauptstadt Tokio wurde das Hauptpostamt durch Feuer vollständig vernichtet.**

**Berlin, 6. Januar. (Wörter.)** Die großen Erwartungen, mit denen Börse in das neue Jahr eintrat, haben sich bisher nicht erfüllt. Die Meldungen, die von Cannes kommen, sind nicht besonders gerichtet, die Börse nach oben zu bekräftigen. Die ausländischen Börsenmitteilungen erfreuen heute einen merklichen Rückgang. Die Wertpapierkurse wurden dadurch ziemlich hart in Mitteleuropa gesunken. Die Umsätze erreichten nur in wenigen Papieren eine größere Ausdehnung.

**Berlin, 6. Januar. (Warenmarkt.)** Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 382–385, Roggen Märkischer 206–209, Dinkel Märkischer 302 bis 305, Sommergerste 365–375, Hafer Märkischer 294 bis 297, Mais La Plata ohne Provenienzangabe preiswert 204, ab Hamburg Februar März 294–288. Weizenmehl (100 Kilo) 970–1065, Getreide Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl (100 Kilo) 730–820. Weizenkleie 200–205, Roggenkleie 200–205, Mais 620–640, Getreide 575–600, Kastanienkerne 420–440, Lupinen gefüllt 240–245, Gerabells 265–275, Rapssamen 270–280, Leinöl 320–330, Kreuzkümmel 185, Vollwertige Butterkümmel 260–270 Mark. — Hen und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepresstes Roggen- und Weizenstroh 34–35, drahtgepresstes Haferstroh 42–44, Bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 31–34, gebundenes Roggenlangstroh 31–34, lose und gelundenes Kreuzstroh 26–27, Hähnel 42–44, handelsübliches Hen 93–98, gute Hen 105–115 Mark.

#### Gedenktafel für den 9. Januar.

1823 • Der Chirurg Friedrich v. Esmarch in Tönning († 1908) – 1839 • Der Reisende Adolf v. Schlegel in München († 1857) – 1855 • Der Geograph und Geschichtsforcher Friedrich v. Rüden in Berlin († 1786) – 1878 Die türkische Armee wird von den Russen im Schloßpalast gesiegt – 1908 • Der Dichter Wilhelm Busch in Weimarshausen a. Harz († 1832) – 1909 Die Alpapolarexpedition Chaikletons erreicht 88° 28' südl. Breite.

Der Stand der Märkte. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
6. 1.	5. 1.	1914	
100 holländische Gulden	6848	7417	167,— M.
100 belgische Franken	1433	1528	80,— "
100 dänische Kronen	3726	4005	112,— "
100 schwedische Kronen	4630	4985	112,— "
100 italienische Lire	811	851	80,— "
1 englisches Pfund	789	845	20,— "
1 Dollar	188	200	4,20 "
100 französische Franken	1508	1598	80,— "
100 schweizerische Franken	3628	3891	80,— "
100 tschechische Kronen	300	323	"

Gertelmarkt Dippoldiswalde vom 7. Januar 1922.  
Es wurden aufgetrieben 34 Gertel, verkaufte 34 zum  
Preise von 200—350 Mark pro Stück.

### Vogtei Nachrichten

Kein Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank.

Berlin, 6. Januar. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank keinerlei Verhandlungen über eine Hergabe des Goldbestandes der Reichsbank für Zwecke der Reparationen stattgefunden haben. Eine solche Hergabe des Goldbestandes kommt auch nicht in Frage.

#### Die Kosten des Reichsparlaments.

Während der Reichstag im Frieden knapp 3 Millionen Mark Kosten erforderte — vor 20 Jahren war der Betrag sogar bedeutend geringer — kostet uns der Reichstag jetzt im Jahre rund 29 Millionen Mark. Diese Summe lebt sich wie folgt zusammen: Aufwandsentschädigung an Abgeordnete 8 450 000 M., Entschädigung an die Eisenbahnen für die Freifahrten der Abgeordneten 6 530 340 M., Reichstagspräsidium und Präsidialgebäude mit Zubehör 120 000 M., Bibliothek des Reichstages 475 000 M., Reichstagsdrucksachen 4 Millionen Mark, Wirtschaftsbetrieb (Restaurant) 650 000 M., Entschädigung an Post und Telegraphie 275 000 Mark, Dienstgrundstück und Diensträume 1 440 000 M., Beamtenbesoldung einschließlich Hilfskräfte 6 200 000 M., der Rest verteilt sich auf kleinere Posten.

Für 400 000 M. Postwertzeichen gestohlen.

Erfurt, 6. Januar. Bei einem Einbruch in das Bahnhofspostamt Fröttstädt wurden für 400 000 M. Postwertzeichen und für 130 000 M. Einkommensteuermarken gestohlen.

Eisenbahndefizit für 1921 "nur" 10,8 Milliarden.

In der Presse wurde kürzlich unter der Überschrift "Das Jahr ohne Boden" behauptet, daß die gesamte Einkommen-

steuer durch die Verluste der Eisenbahnen im Jahre 1921 aufgezehrt worden sei. Es wurde behauptet, daß gesamte Buchkapital der Reichsbahn sei in zwei Jahren verwirtschaftet und das veranschlagte Defizit der Reichsbahnen für 1921 in Höhe von 18,7 Milliarden verschlinge mehr als die gesamte für das gleiche Jahr veranschlagte Einkommensteuer von 12 Milliarden. Der gesamte Buchwert der Reichsbahnen beträgt rund 40 Milliarden Mark, während das Defizit für 1921 rund 24 Milliarden ausmacht. Demgegenüber wird von amtlicher Seite darauf hingewiesen; daß es wie bei einem kaufmännischen Unternehmen, so auch bei der Reichsbahn durchaus falsch sei, die Fehlbeträge eines oder mehrerer Jahre in Beziehung zu einem nach ganz anderen Gesichtspunkten berechneten Kaufpreis zu bringen. Wenn ein Unternehmen um rund 26,8 Milliarden Goldmark, wie es die Eisenbahn darstelle, mit 40 Milliarden Papiermark gekauft werde, so sei dieser Kaufpreis eben ohne Bedeutung für die Frage, was infolge ungünstiger Umstände an Fehlbeträgen sich ergeben oder nicht ergeben habe. Falsch sei ferner die Behauptung, daß das Eisenbahndefizit für 1921 mit 18,7 Milliarden Mark veranschlagt worden sei. Der veranschlagte Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt betrug für 1921 tatsächlich nur 6,4 Milliarden Mark. Dieser Fehlbetrag sei im übrigen tatsächlich im laufenden Jahr vergrößert worden und werde auf etwa 10,8 Milliarden Mark steigen, da die Erhöhung aller persönlichen Kosten und Materialpreise infolge der Verschlechterung der Mark die ursprüngliche Aufstellung des Etats über den Haufen warf.

#### Wie wir ausgeplündert werden.

Berlin, 6. Januar. Unter dem 16. Dezember 1921 hat, wie die Blätter melden, der Finanzausschuß des Volksaufkommens die monatlichen Zulagen der Kontrollkommissionmitglieder erneut festgesetzt und zwar für September und Oktober 1921 endgültig, für die Zeit vom 1. November gelten sie als vorläufig. Nach diesen vorläufigen Sätzen, die Deutschland zu zahlen hat, und deren Erhöhung also ausdrücklich vorbehalten wird, erhält jährlich: 1. der vorstehende General 570 000 M., 2. Offiziere in leitenden Stellen bis zum Major einschließlich 420 000 M., 3. Stabsoffiziere 270 000 M., 4. Hauptleute, Oberleutnants, Leutnants 257 000 Mark, 5. Unteroffiziere 138 000 M., 6. Mannschaften 81 000 M., dazu noch das Landesgehalt in Frank u. v. von ihren eigenen Regierungen. Zum Vergleich sei hinzugefügt, daß ein kinderlos verheirateter deutscher Reichswehrhauptmann, der 4 bis 6 Jahre in seinem Dienstgrad befindlich ist,

in Berlin einschließlich aller Zulagen jährlich die Hälfte von dem, was eine Ententeordnung, also ein einfacher Soldat oder Matrose erhält. Selbst ein verheirateter deutscher Oberst mit drei Kindern erhält einschließlich aller Zulagen jährlich nicht so viel wie ein einfacher Ententesoldat.

#### Hergis Meinung.

Hamburg. Gestern abend läßt in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei Staatsminister Hergis scharfe Kritik an der Regierung Wirth und bezeichnete die Tätigkeit Rathenaus als Nebenregierung. Bezuglich der innerpolitischen Lage äußerte er sich eingehend zum Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zur Deutschen Volkspartei. Die Koalition der Deutschen Volkspartei mit den jüdischen Regierungsparteien könne niemals gerechtfertigt werden als Übergangscoalition. Sie sei vielmehr ein Hemmnis der natürlichen Entwicklung der Koalition der Zukunft, in der die Rechte den entscheidenden Einfluss haben werde.

#### Der Flecklypus

breite sich in Polen immer mehr aus. Der Westen ist vollständig verseucht. Auch Warschau ist in Missleidenschaft geraten.

Produktionsbörsen zu Dresden, am 6. Januar. Amtl. Notierungen: Weizen 280 bis 385, Roggen 300—308, Sommergerste, 160,— 360—375, Hafer 290—300, Raps, trocken, 600—630, Mais 325 bis 340, Rottlee, alter, 1500 bis 2100, neuer 2600 bis 3000, Trockenmais 190 bis 200, Roggen- und Weizenstroh 40 bis 45, Haferstroh 50 bis 55, Weizenheu, lose, 120,— 130, Weizenheu, nichtsäuliges, 110 bis 125, Weizenkleie 190 bis 200, Roggentreit 190 bis 200, Roggenstroh 395 bis 430, Weizengehl 475 bis 540.

#### Statt Karten!

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch zu gleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Dorle Marschner  
Walter Schöbl.

Dippoldiswalde — Prag  
Januar 1922

## Angestellte!

Die G. d. A.-Parole lautet: Für Beibehaltung, für Ausbau der Angestelltenversicherung!

Dortum wählt am 8. Januar restlos die Völke des

Gewerkschaftsbundes der Angestellten!

Paul Schmid, Schmiedeberg,  
Paul Eckart, Dippoldiswalde usw.

**Pfautanbe entflohen.** Geg. Belohnung abzugeben.  
Gelversdorf 73 c, I.

Eine Auswahl frisches ostpreußisches



la Milchvieh,

Rühe und Kalben,

ganz hochwertig und frischmeliert, stehen preiswert zum Verkauf.

Schlachtoch wird mit in Zahlung genommen.

**A. Müller, Borlas.**

Dessentl. Fernsprechstelle 0420.

Ein Paar gebrauchte  
**Schneeschuhe**  
zu kaufen gesucht.  
Preisangebote unter „G. d. A.“

Ein 16-jähriges Mädchen  
sucht Stellung  
in Landwirtschaft. Off. und „R.“  
in der Geschäftsstelle wiederzusehen.

**Oster-Junge**

wird gelucht Ruppendorf Nr. 50

Für meine Kolonialwaren- u.  
Weinhandlung suche für ältere  
1922 begabten Sohn achtbarer  
Eltern als

**Lehrling.**

Richard Niewand,  
Dippoldiswalde, am Markt.

**Gefunden! Messingstüchel**  
Lübarsdorfer Straße Abzuholen  
Bansdorf Nr. 10.

Erhielt heute Telephon-Anschluß

**Amt Dippoldiswalde Nr. 140**

**Georg Liebscher**  
Gutsbesitzer und Pferdebändler, Reichstädt.

## Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis

der Gemeinde Dippoldiswalde, Schmiedeberg-Alsbach und Euvenstein.  
Handbuch und Überblick.

## Turnverein Dippoldiswalde (D. T.)

Sonntag den 8. Januar abends 7 Uhr im Saale der „Reichskrone“

### Weihnachts-Vergnügen

mit Aufführung von „Im Grenzvorposten“, weihnachtliches Heimatpiel in 3 Bildern mit Gesang

#### Ball — Tombola

Alle unsere aktiven und passiven Vereinsmitglieder und deren Angehörige sind hierzu herzlich einzuladen. Wölfe, durch Mitglieder eingeschüchtert, sind herzlich willkommen.

Einem zahlreichen Besuch steht entgegen der Turnrat.

Freiwillige Gaben für die Tombola nimmt noch entgegen Herr Heinrich Zimmermann, Bahnhofstraße, und Herr Raumann Marschner, Altbahnhof.

**Jugendverein „Edelweiß“, Obercarsdorf.**

#### 3. Stiftungsfest

verbunden mit Verlostung und verschiedenem anderen.

Anfang 7 Uhr. — Kapelle Stenzel. — 11. Musik.

Hierzu lädt nochmals freundlich ein der Geist. Vorst. NB. Jedes Mitglied wird gebeten, ein Taler, im Werte von nicht unter 2 Mark, mitzubringen.

**Jägerhaus Naundorf.**

Heute Sonntag

### großer feiner Ball

Vornehme, behagliche Musik.

Angenehmer Familienaufenthalt.

Rühe und Ruhe in bekannter Güte.

Es laden freundl. ein Hermann Schleske und Frau.

**Beileiben Sie sich!**

Die Preise sind gelegten für

### Gold-, Silber- und Platin-

gegenüber, sämtliche Schmuckstücke,

einzelne Zähne, Brenn-

stücke, Kontaktte.

Bester Abzug für Händler und Dentisten!

**Kandel, Dresden-A.**

Neue Galerie 11, am Pirnaischen Platz

Elektrizitätshaus von sämtlichen Bahnhöfen.

Abgegeben wird vergütet.

### Versteigerung.

Sonntag den 8. Januar von 10.15 Uhr ab zollen in Oppeln

Gebäude im Hinterhof!

**ca. 150 Paar gebr. Militärstiefel**

auf Meßgebot versteigert werden. Die Gemeindebehörde.

## Tanzpalast zur „Talsperre Malter“.

Heute Sonntag

### großes Ballfest

Anfang 4 Uhr.

Hierzu lädt ergebnist ein A. Schmid. Bringt meinen Ballaal und gutgedeckte Gasträume zu Schlittenpartien in empfehlende Erinnerung. Ausspannung für 35 Pfennige!

**Gasthof Berreuth.**

Heute Sonntag

### feine Ballmusik

mit Bratwurst mit Sauerkraut.

Hierzu lädt freundlich ein Bruno Seidel und Frau.

### Gasthof Oberhäslisch.

Heute Sonntag

### starkbesetzte Ballmusik.

**„Haus Seeblick“, Paulsdorf.**

Sonnabend den 7. Januar

### Schlachtfest

Spezialität: Münchner Schlachtküchen.

Unst. von

17% echt Kulmbacher



### Jugendverein Reichstädt.

Sonntag den

# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 7

Sonntag den 8. Januar 1922

88. Jahrgang

## Amtliche Bekanntmachung.

### Sparkasse Dippoldiswalde.

Einlegerguthaben 17 000 000 Mark.

Geschäftszeit:

Montags bis mit Freitag 1/29—1/21 Uhr und 2—3 Uhr.  
Sonntags nur 1/29—1/21 Uhr.

Tägliche Verzinsung nach jährlich 3½ p. H.  
Aufbewahrung und Verwaltung sowie Vermittlung  
des An- und Verkaufs von Wertpapieren.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der  
Sparkassen im Freistaat Sachsen sind wir Vermittlungsstelle  
für Lebens- und Rentenversicherungen.

Gemeindeverbandsgiro-Konto Nr. 20 — Postcheck-Konto  
Dresden Nr. 2890.

Fernsprech-Anschluß Nr. 2, Wdg. Sparkasse.

## Gemeindegirokasse Schmiedeberg.

Geschäftszeit wie bei der Sparkasse.

Verzinsung: Bei täglicher Verfügung 3 Prozent.  
Kostenlose Ausführung von Überweisungen nach allen Orten  
Deutschlands.

Spezienfrei Einziehung von Scheinen.

Vermittlung von An- und Verkäufen von Wertpapieren.  
Gemeindegirokonto Nr. 2, Postcheck-Konto Leipzig Nr. 27040.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 27 Amt Lipsdorf.

## Kramische.

\* Was ausländische Zeitungen kosten. Mit dem neuen  
Jahre muhten auch alle deutschen Zeitungen ihre Bezugspreise  
etwas erhöhen. Da diese Erhöhungen den Verhältnissen  
nur in sehr bescheidenem Maße Rechnung tragen, wird nur  
ein gewohnheitsmäßiger Abgänger bezweifeln. Auch bei dem  
erhöhten Bezugspreis bezahlt der Leser kaum den Papier-  
preis. Wie wenig die deutschen Zeitungspreise in Wirklich-  
keit bedeuten, wird erst klar, wenn die Preise ausländischer  
Blätter zum Vergleiche herangezogen werden. Nach der  
neuen Postzeitungsliste liefert die Reichspost das "Prager  
Tageblatt" (vor dem Kriege 5,10 M. vierteljährlich) für  
175,68 M. jetzt; den "Völker Anzeiger" für 365,99 M.; den  
"Berner Bund" für 510,06 M.; die "Neue Zürcher Zeitung"  
für 588,55 M. Noch teurer sind fremdsprachige Zeitungen;  
So kosten die Stockholmer Blätter "Svenska Dagbladet"  
88,18 M., "Aftonbladet" 84,86 M., "Allgemeine Handels-  
blad" in Amsterdam 890,10 M. und der "Nieuwe Rotter-  
damsche Courant" gar 1012,08 M. Verhältnismäßig billig  
sind die englischen Straßenblätter, wie "Daily Chronicle",  
"Daily Mirror", "Daily Express", die rund 500 M. viertel-  
jährlich, die Nummer also über 5 M. bedingen. "Daily  
Mail", deren Pariser Ausgabe vor dem Kriege vierteljährlich  
4,26 M. kostete, rechnet heute mehr als das 120 fache,  
nämlich 504 M. "Manchester Guardian" und "Morning  
Post" kosten je 968 M. und einige Pfennige; den Vogel  
schlehen aber die "Times" ab, die nur für 1428,78 M. im  
Vierteljahr zu haben sind.

\* Das ist die Frage.... Es ist 8 Tage vor Weihnachten.  
Der alte, zerrüttete Professor steht am Bahnhof und sieht  
verloren vor sich hin. Da erblickt ihn Frau Anderson und  
nimmt sofort Kurs auf den alten Mann, in der Absicht, ihn  
ein bisschen aufzumuntern. „Ja“, sagte sie, „denken Sie sich,  
Herr Professor, ich erwarte heute eine Tochter.“ Der Pro-  
fessor startet sie überrascht an: „Aber wie können Sie denn  
wissen, daß es ein Mädchen wird?“

\* Blauäugige Kamele. Der Aristokratie unter den Höcker-  
tierarten gehören zweifellos die Kamele an, die auf dem italieni-  
schen Krongut San Rossoro bei Vico gehalten werden. Die  
Tiere, die hier alle Arbeiten verrichten, die man sonst Pferden  
und Juchsen zumutet, können auf eine lange Albenreihe  
zurückblicken. Wie in Neclams Universum erzählt wird,  
stammen sie in gerader Linie von den Kamelen ab, die bei der  
Eroberung Wiens im Jahre 1683 im Lager Kara Mustaphas  
erbeutet und bei der Teilung der dort vorgesunden Schätze  
dem damaligen Großherzog von Toscana zugesprochen wurden. Die "blauäugigen Kamele" nehmen sich in der blühenden  
toskanischen Landschaft recht wunderlich aus.

\* Auch ein Jubiläum. In Garaszell bei Bogen in Nieder-  
bayern hat die Frau des seit 25 Jahren verheiratenen 56-jäh-  
rigen Bauerntagelöhners Josef Weber zum 25. Male ge-  
boren, diesmal Zwillinge, und solche zum zweiten Male im  
abgelaufenen Jahre.

\* Papiergeldregen. Umhersliegende Geldscheine machten  
auf dem Markt in Hago großes Hallu. Ein Windstoß durch-  
raste die Marktfstände, warf die Geldkassetten um und ent-  
führte in tollen Wirbel die darin enthaltenen Geldscheine,  
nach denen die Posthier und die Marktbücher Jagd machen.  
Ein Teil der Scheine war in die Volme geslogen, aus der sie  
von der Jugend quetschvergnügt aufgesucht wurden.

Der 1921 er.

Der 1921 er wird in kommenden Jahren der Wein sein, nach  
dem man überall fragen wird. Die Qualität der Trauben, ihr  
Saftrichtum und das Mostgewicht sollen so vorzüglich sein, daß  
die berühmten ältesten Lerte ihr Erinnerungsvermögen anstrengen  
müssen, um sich einer gleichen Ernte zu erinnern. Es war ja aber  
auch im vergangenen Sommer ein geradezu vorschriftsmäßiges

Weinwetter. Der Niederdeutsche sagt: „Was dem da bin ich.“  
Is dem annen noch Nachgall!“ So mögen Landwirt und Wein-  
bauer wohl in diesem Herbst denken. So gleichmäßig hervor-  
ragend im ganzen weinbauischen Weingebiet die Qualität ist, so  
ungleichmäßig ist jedoch die Quantität. Während von der Mosel  
an der Saar durchschnittlich auch ein voller Herbst d. h. ein Er-  
trag berichtet wird, der dem vorjährigen gleichkommt, so rechnet  
man am Rhein und an der Ahr nur mit einem halben bis Drittel  
Herbst. Ganz billig wird also der 1921 er auch nicht gerade  
werden. Ganz besonders kann dies wohl von dem Ahmanns-  
häuser Rotwein gelten, der zwar auch von ganz ausgezeichnete  
Qualität sein soll, für den aber bereits für das Pfund Traubene  
10 M. angelegt worden sind. Wenn der 1921 er Ahmannshäuser  
ein berühmter Jahrgang werden wird, so wird man seinen Genuss  
auch rechtlich teuer bezahlen müssen. Da wir gerade bei den  
Rekorden sind, sei bei dieser Gelegenheit auf einen anderen  
Rekord hingewiesen. In der Kreuznacher Gegend hat die Portu-  
guese Kreuzen ein Mostgewicht von 200 Grad bei nur 8,0 aufs  
Lauftend Säuregehalt aufgewiesen. Durchschnittlich wird von  
einem 100- bis 115 grädigen Mostgewicht aus allen Regionen be-  
richtet. Somit wird der Weintrinker in den kommenden Jahren  
beim 1921 er wohl einen recht guten Tropfen erhalten können,  
aber auch einen recht guten Preis anlegen müssen. Er hat dann  
auch die Genugtuung, welche seltener Qualität zu bekommen,  
von denen man nicht allzuviel findet. Ein Massenwein wird also  
der 1921 er nicht sein. Im Zusammenhang damit seien auch einige  
Preise gegeben, die man jetzt für vorjährigen Wein auf den  
Auktionen erzielt hat. In Riesien kostete das Halbstück durch-  
schnittlich 9000 M., in Mainz wurden für naturreinen Wein etwa  
11 000 M. für das Stück erzielt und in Oberweisel hielten sich die  
Preise auf der gleichen Höhe. Also auch der 1920 er ist nicht  
gerade billig zu nennen und ein Volksgetränk wird der Wein  
wohl vorläufig noch nicht wieder werden.

Zum Sonntag (8. Januar).  
„Soll aus der Knospe!  
Sich die Rose gestalten,  
Muß himmlisches Licht  
Die Knospe entfalten.“ —

Die Weihnachtsferien sind vorüber. Für die Kinder beginnt die Schularbeit wieder. Sie nehmen zu  
an Alter und Weisheit — ob auch an Gnade bei Gott und  
den Menschen? Von dem Jesus-Knaben wird  
solches erzählt. Im Hause der Unbetung Gottes hatte  
der zwölffjährige Gotterkenntnis gesucht und Gottes-  
kunde gefunden. In neuer Entfaltung war er nun  
untertan den irdischen Eltern. Sie hatten ihn an  
jene Stelle geführt, wo das himmlische Licht die Seele  
des Kindes erfüllen konnte. Wie glücklich waren sie  
nun an ihres Kindes Erleben, Mensch und Schorfam.  
Der Sonntag gehört auch der Kinderwelt.  
Wir christlichen Eltern wollen ihr den Segen dieses  
Tages nicht vorenthalten. Kommen die Kinder zur  
Erkenntnis der Gotteskindschaft, so haben Haus, Schule und  
Staat den Nutzen davon.

\* Neue Goldmünzen. Die langwierigen Versuche  
zur Herstellung neuer Reichsmünzen aus Metall sind  
jetzt beendet. Die Münzverwaltung will im Früh-  
jahr an die Ausprägung herantreten.

\* Die Steuerkarten müssen abgeliefert werden.  
Innerhalb des Monats Januar müssen die Steuerkar-  
ten und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit  
vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen  
Arbeitslohn zum Einkommen und Entwertung von Steuern  
marken verwendet worden sind, nach einer Verordnung  
des Reichsfinanzministers der zuständigen Steuerbehörde  
übergeben oder überwandt werden. Jeder Arbeitnehmer  
ist hierzu verpflichtet. Arbeitnehmer, deren  
Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeliefert sind,  
werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommen-  
steuer veranlagt. Die eingelieferten Steuern, die  
für die Zeit bis zum 31. März 1921 verwendet wor-  
den sind, können auf die Einkommensteuer für 1920  
weiter an Wohnungstatt hingegeben werden.

\* Überwachung des Postverkehrs im Rheinland.  
Die Interalliierte Rheinland-Kommision in Koblenz  
hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens  
über die militärische Besetzung der Rheinlande er-  
lossenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920  
das Recht gesprochen, jederzeit die Aushändigung  
von Briefen und Postsendungen von deutschen Be-  
hörden fordern zu können. Die Interalliierte Kom-  
mission kann sonach die Überwachung des Postver-  
kehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des be-  
setzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben las-  
sen. Sie verzögert auch dementsprechend und rückt  
auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in  
diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes  
Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen  
über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz-  
lich von dem jeweiligen Belieben der obersten Be-  
fehlungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben  
darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht,  
daß die Abfender von Briefen usw. nach Orten in den  
besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage  
immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles  
vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sen-  
dungen ihnen selbst und insbesondere auch den  
Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

\* Überblick über das Jahr 1922. Das Jahr  
1922 des Gregorianischen oder neuen Kalenders ist  
ein Gemeinschaff von 365 Tagen oder 52 Wochen und  
1 Tag und beginnt am Sonntag, den 1. Januar (neuen  
Stils), dem der 19. Dezember 1921 (alten Stils) im  
Julianischen oder alten Kalender entspricht. Das Jahr  
1922 entspricht dem Jahre: 6635 der Julianischen  
Periode (Beginn der Periode 4713 v. Chr.), 2669 der  
Ära des Nabonassar (Beginn der Ära 747 v. Chr.), 7430/31 der Byzantinischen Ära (Beginn der  
Ära 5509 v. Chr.), 5682/83 der Israeliten (Beginn  
der Ära 3761 v. Chr.), 1340/41 der Mohammedaner  
(Beginn der Ära 622 n. Chr.). Im Jahre 1922 werden  
zwei Sonnenfinsternisse stattfinden, von denen  
die erste in Deutschland sichtbar sein wird. Der Mond  
wird in diesem Jahre nicht verdeckt. Die bei uns

sichtbare Sonnenfinsternis ist am 28. März: Ringsför-  
mige Sonnenfinsternis, von 11 Uhr 1 Min. vormittags  
bis 5 Uhr 9 Min. nachmittags. Sie beginnt in Br-  
asilien in der Gegend von Tagua Tagua am Rio  
Tapajos, erstreckt sich über Central- und Süd-Amerika  
mit Ausnahme von Patagonia, durchquert den Atlanti-  
schen Ozean, überzieht den größeren nördlichen Teil  
von Afrika, Europa außer der Nordhälfte Skandinavien,  
das westliche Asien und endet in der libyschen  
Wüste. Die ringsförmige Finsternis, die in Peru be-  
ginnt, durchschneidet das nördliche Brasilien, die Sa-  
hara, Arabien und endet am Persischen Golf. In  
Deutschland wird die Finsternis (als partielle) in den  
Zeit zwischen 2 und 5 Uhr zu sehen sein, wobei die  
Größe der Finsternis in Teilen des Sonnendurch-  
messers z. B. in Berlin 0,24 beträgt.

\* Beschleunigte Personenzüge mit 4. Klasse. Die  
Reichsbahn, die zum 1. Februar, um der allgemeinen  
Preissteigerung zu folgen, die Personentarife um 75  
Prozent erhöhen muß, wird zum Ausgleich für diese un-  
vermeidliche Härte beschleunigte Personenzüge mit  
4. Klasse einführen, die auf weite Entfernung durch-  
gehen und für die Hauptverkehrsstrecken günstige Ver-  
kehrszeiten aufweisen. Diese Züge werden mit der  
bei Personenzügen üblichen Geschwindigkeit verkehren,  
aber erheblich weniger Zeit als die heute fah-  
renden Personenzüge brauchen, da sie nur an den  
wichtigsten Stationen Aufenthalts nehmend fahren. Die  
Einführung der Züge ist mit dem Inkrafttreten des  
neuen Fahrplanes, das heißt zum 1. Juni 1922, ge-  
plant. Sie werden die 3. und 4. Klasse führen,  
die 2. Klasse nur in Ausnahmefällen.

\* Neue Bettkartenpreise. Am 1. Januar 1922  
sind neue Bettkartenpreise bei der Reichsbahn in Kraft  
getreten. Von jetzt ab kosten die Bettkarten 1. Klasse  
200 Mark, 2. Klasse 100 M., 3. Klasse (Liegewagen)  
60 M. Die Bormerkgebühren werden erhöht auf:  
1. Klasse 20 M., 2. Klasse 10 M., 3. Klasse 6 M.

\* Der Hauptgewinn der Sparprämienanleihe.  
In der Reichsschuldenverwaltung wurde der Hauptge-  
winnd der Sparprämienanleihe in Höhe von einer Mil-  
lion Mark gezogen. Er fiel auf Gruppe 2475 Nr. 93.  
Sonst wurden noch gezogen: Gruppe 939 Nr. 98  
mit 500 000 M., Gruppe 740 Nr. 17 mit 200 000 M.,  
Gruppe 1176 Nr. 239 mit 150 000 M., und mit je  
100 000 M., Gruppe 2465 Nr. 122, Gruppe 662 Nr.  
27 und Gruppe 1786 Nr. 264. Diese Gewinne werden  
alle viermal für Reihe A bis D ausgezahlt.

\* In Bourgogne ist eine Tochter wurde eine Tochter  
die russische Abstammung und mit einem Engländer ver-  
heiratet ist, von einem Chauffeur durch Schläge mit einem  
Schwertknoten verniedrigt.

## Gerichtssaal.

\* Aufsehenerregende Bucherstrafe. Der Vo-  
rher der Großbäckerei Anton Seidl in München wurde  
vom Buchergericht zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt,  
weil er im Juli v. J. als das Semmelbrot wieder er-  
laubt wurde, die Semmel in seinen Filialen zu 40 Pf.  
statt zum Höchstpreis von 35 Pf. verkauft hat.

## Danzigs Zukunft.

Der Jahresanfang bringt für die durch das Fried-  
ensdiktat zwangsweise zum "freien Staat" umge-  
formte Stadt Danzig einen einschneidenden Wandel des  
wirtschaftlichen Gescheids. Der durch Verfaßtes geschaf-  
fenen politischen Grenze gegen das Deutsche Reich folgt  
nunmehr auch insofern die wirtschaftliche Grenze, als  
Danzig mit dem ersten Januar aus dem deutschen  
Volksgebiet ausscheidet, um in das polnische Volksgebiet  
einzbezogen zu werden. Danzig wird für das Deutsche  
Reich Polenland, für Polen Danziger Land. Bis zum  
1. April 1922 bleiben freilich insofern noch gewisse  
Beziehungen zum Reich und gewisse Schranken gegen  
Polen aufrecht erhalten, als Danzig bis zu diesem  
Zeitpunkt noch das Recht hat, sich gewisse wirtschaft-  
liche Freiheiten durch Ein- und Ausfuhrverbote zu  
wahren. Den Wegfall dieser Freiheiten zum 1. April  
dieses Jahres sieht man in Danzig schon insofern mit  
besonderen Sorgen entgegen, als das warenarme Po-  
len durch seine für Danzig erwünschten landwirtschaftlichen  
Erzeugnisse sich die nötigen Summen an die  
in Danzig auch fürderhin die gesetzliche Währung  
bildende Reichsmark wird beschaffen können, um die  
Danziger Lagerbestände aufzuladen und dadurch die  
Lebensverhältnisse in Danzig stark zu verteuern und  
nach polnischem Beispiel zu erschweren.

Die polnischen Hölle sind nämlich derartig hoch-  
dah aus dem Reich eine starke Stodung in den  
Waren des dringendsten Tagesbedarfs einzufügen dürfte,  
mit denen man bisher vom Reich her versorgt wurde.  
Ob Polen sich in der Stellung gewisser Volkshä-  
fen nachgiebiger zeigen wird, bleibt abzuwarten. Polen  
wird, obwohl es sich selber nicht einmal mit seinem  
eigenen Waren genügend versorgen kann, jedenfalls  
den Versuch machen, den Danziger Markt für sich zu  
erobern und die Danziger Industrie für seine Zwecke  
einzuspannen. Danzig wird gewaltsam in Versorgung  
und Absatz aus seinen bisherigen Beziehungen her-  
ausgerissen, um auch in dieser Hinsicht an den Seg-  
nungen teilzunehmen, die der Versailler Friede über  
die Welt gebracht hat, damit die Tagungen von Staats-  
männern, Ausschüssen und Räten kein Ende nehmen.  
Danzig wird mit dem 1. Januar und erst recht mit  
dem 1. April des neuen Jahres auf Geduld und Ver-  
derb wirtschaftlich zusammengezwickt mit einem  
Staate, der weder in seiner Geschichte jemals Be-  
ispiele einer gefundenen Weisheit und politischer Klug-  
heit gebracht hat noch in der Gegenwart. Ein Staat

mit bankrotten Finanzen, zerstörernden Grenzen und gesetzter Wirtschaft, belastet durch einen weit über seine Kräfte hinausgehenden Militarismus, wird nun mehr Danzigs wirtschaftlicher Wegeschräte, wird die Stelle, von der seine Geschicke in erster Linie abhängen. So reicht sich Beispiel an Beispiel als Beweis für die Staatskunst, die beim Versailler Frieden die Führung hatte.

## Modernes Sklavenum.

Wenn man die Verhältnisse im besetzten Gebiet als das bezeichnet, was sie in Wahrheit sind, dann erhebt man auf der Gegenseite Einpruch und spricht von deutschen Zwiednungen. Darum ist es gut, wenn Anerkennungen der Besatzungsbehörden von Zeit zu Zeit zeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Ein solcher Fall liegt wieder einmal vor, und den Anlaß gab der Eisenbahnerstreit im Westen. Ob der Streik als solcher gebilligt werden kann oder nicht, scheidet hierbei aus. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, als der Eisenbahnerstreit im besetzten Gebiet an Ausdehnung gewann, den Befehl erlassen, daß das gesamte, innerhalb des besetzten Gebietes wohnende Personal der Eisenbahndirectionen Köln und Elberfeld durch die Besatzungsbehörde requiriert, der interalliierten Feldbahnenkommission unterstellt und zur sofortigen Arbeitsaufnahme verpflichtet sei. Widerspenstigen drohte man mit den Kriegsgerichten, deren drakonische Urteile im besetzten Gebiet zur Genüge bekannt sind.

Was befagt nun die „Requisition“ des Eisenbahnpersonals? Sie befagt nichts weniger als daß in dem durch die berühmten demokratischen Staaten besetzten Gebiet der deutsche Arbeiter nicht einmal das Recht hat, über seine Arbeitskraft so zu verfügen, wie ihm das paßt. Die Koblenzer Kommission legt ihm die Arbeitspflicht auf und droht mit Kriegsgerichtsurteilen; sie macht den deutschen Arbeiter des besetzten Gebietes also zum Sklaven ihrer Befehle, wie sie das früher schon beim Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet tat, wo außer dem Eisenbahnpersonal auch die Kraftwagenführer des besetzten Gebietes gezwungen wurden, sich in den Dienst der feindlichen Heere zu stellen und ihre Arbeit mitten im sogenannten Frieden gegen ihr eigenes Vaterland wirken zu lassen. Die politische Moral, die den Verbündeten Frieden entstehen ließ, sieht darin natürlich nichts, aber vielleicht sieht man angestossen der Wiederholung des Falles beim Eisenbahnerstreit anderwärts in der Welt doch, was die Machthaber von Versailles und ihre untergeordneten Organe unter Freiheit und Demokratie verstehen, nun, da der Krieg zu Ende ist und man mit Schlagworten niemand mehr zu tödern braucht.

Natürlich stützt sich die Interalliierte Rheinlandkommission bei ihrem Vorgehen auf Verfügungen, die der Versailler Vertrag und sie selbst erlassen haben, aber gerade darin liegt ja die Kennzeichnung dieser militärischen Moral, die einst nicht scharf genug gegen den deutschen Militarismus zu wettern wagte. Hätte man für sich und seine Transporte, für Lebensmittelzulage usw. im Interesse des besetzten Gebietes und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sich die notwendigen Kräfte erbeten — sie wären sicher gefehlt worden —, so hätte die Sache schon ein etwas anderes Gesicht. Aber Personal „requisitioniert“, das ist dank Versailles für das besetzte Gebiet eine Errungenschaft, die umso grotesker wirkt, als die fremden Machthaber diese Dienstpflicht auf militärischer Grundlage zugunsten der interalliierten Feldbahnenkommission in einem Lande verlangen, das selber auf Befehl von Versailles die militärische Dienstpflicht abschaffen mußte. Politische Moral von heute!

Rhenanus.

## Bergewaltigung der Deutschen in Posen.

Bei der Begrüßung des polnischen Ministerrates im Posener Rathaus anlässlich des Besuches von Pontowski gab der stellvertretende Stadtpräsident einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Stadt Posen und machte darin sehr interessante Angaben, aus denen hervorgeht, wie das Deutschland aus Posen selbst verdrängt worden ist. Er sagte ungefähr folgendes:

„Die Verfassung der Stadt Posen beruht auf dem preußischen Gesetz vom Jahre 1853 und ist eine willkürliche Selbstverwaltung. Rücker der Polizei liegen die Verwaltung und das Schutzen in den Händen der Stadt. Als die deutschen Behörden von hier zurücktraten, hatte Posen 43 v. d. Deutschen, heute sind in Posen 934 v. d. Polen. Bis zum Fortgang der Deutschen aus Posen war der gesamte Magistrat deutsch, heute sind in ihm kaum vier deutsche Unterbeamte. Alle drei Mittelschulen und 17 Volksschulen waren deutsch, heute sind eine Mittelschule und zwei Volksschulen deutsch. Von 500 Lehrkräften sind kaum 40 deutsch.“

Über die Stellung, welche man heute in den polnischen Kreisen Posen gegenüber Deutschland einnimmt und über die Art und Weise, wie man sich den deutschen Mitbürgern gegenüber zu verhalten gedacht, macht in einer weiteren Rede der Stadtverordneten-Vorsteher der Stadt sehr interessante Angaben:

„Die Bevölkerung unserer Stadt wie übrigens des ganzen Teigebietes muß in unserem Staat eine sehr wichtige Aufgabe erfüllen. Als am meisten nach dem Weise vorausgesetzter Vorposten muß die Bevölkerung an der Westgrenze des Staates eine starke Macht ins Leben rufen. Da sie unseres westlichen Nachbarn am besten kennt, ist sie sich dessen bewußt, daß der Kampf um diese Grenze keineswegs beendet ist. Ist es doch kein Geheimnis, daß in Deutschland in breiten Kreisen der gegenwärtige Zustand als vorübergehend angesehen wird. Es ist klar, daß der Staat vorrechte Beziehungen zu unserem westlichen Nachbar anstreben muß, die Vorsicht heißt aber, daß an der Grenze eine starke und sichere Wehr wache. Die durch große materielle Mittel und durch den ungeheuren Apparat eines vorzüglich organisierten Staates unterstützte Germanisierungspolitik hat im polnischen Reichland unseres Teigebietes erhebliche Lücken geöffnet. Namentlich dank der Täglichkeit der Ansiedlungskommission wurde die pointierte Bevölkerung in manchen Gegenden von der Erdbevölkerung einschließlich weggefegt. Unsere Volkszählung macht und macht der Wiedererziehung des polnischen Staares es namentlich in den Städten nicht mit dem schlechten Ergebnis ernste Anstrengungen, die auf das Guideraden der während der

langen Kriegszeit erlittenen Verluste hinzusetzen, jedoch erwartet die Bevölkerung, daß die Regierung sie in diesen Bemühungen unterstützen wird, indem sie von den Städten, die der Versailler Vertrag dem polnischen Staat zuerkennt, in vollem Umfang Gebrauch machen wird. (Es erwünscht Bravo und Beifallskrise.) Wir sind Gegner irgendeiner polnischen Ausnahmegesetze und Verordnungen gegen die deutschen Mitbürgen. Aber wir halten dafür, daß die Anwendung der Bestimmungen, die mit Zustimmung des Deutschen Reiches in den Versailler Vertrag zu dem Zwecke aufgenommen worden sind, um die der polnischen Bevölkerung durch die ein Jahrhundert währende Germanisierungspolitik zugefügten Unbillen auszugleichen, im Interesse der Sicherung des polnischen Elementes zwecks Schaffung einer starken Wehr an den westlichen Staatsgrenzen unabdingt notwendig ist. (Stürmisches Beifall und Zusammensetzung.)

Redner begründete die Notwendigkeit der Sonderstellung des ehemals preußischen Teigebietes mit der Eigenart seiner wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie seiner Gesetzgebung, namentlich auch mit der Lage des überwiegend in deutschen Händen konzentriert gewesenen Handels und Gewerbes. Dank einer gewissen Abgrenzung von dem übrigen Polen steht das polnische Element in den Städten schon jetzt auf ziemlich festem Boden, und die Städte können sich des größten Prozentsatzes rein polnischer Bevölkerung in der ganzen polnischen Republik rühmen.

## Eine neue Entwaffnungskonferenz.

Die Washingtoner Konferenz, die mit so viel Hoffnungen (?), jedenfalls aber einer gewaltigen Flamme und mächtigem Ehrenschmaus begonnen hat, kann — wir wollen und doch nicht selbst etwas vornehmen — nicht leben und nicht sterben. Die Londoner Beratungen und nun die Konferenz von Cannes haben noch und nach das ja in Wahrheit schon lange nur noch künstlich zum Leuchten gebrachte Flammen völlig verlöscht. Nun heißt es, wenigstens einen anständigen Grund zum Auseinandergehen zu finden. Erreicht ist nichts worden. Das ganze, von Harding sorglich vorbereitete Hauerwerk ist verpusst. Was liegt da näher, als schlimmst die Hoffnung auf eine neue Konferenz zu bewahren? Bei einem Empfang der Journalisten wie der Präsident in ziemlich unverblümten Worten darauf hin, daß die gegenwärtige Konferenz vor dem Auseinandergehen zuverlässiglich eine zweite Konferenz befehligen werde, die jedoch zum Unterschiede von der gegenwärtigen von zahlreichen anderen Nationen beschäftigt werden sollte. Der Korrespondent des „Exchange Telegraph“ teilte angeblich aus autorisierten Quellen hierzu noch mit, daß tatsächlich Versprechungen im Gange wären, um eine neue internationale Konferenz für die Entwaffnung einzuberufen. Präsident Harding sei nunmehr (ein wenig spät) der Ansicht, daß fünf Mächte der gesamten Welt nicht allein Gesetze dictieren könnten. Die noch in den Wahlen schwedende neue Konferenz soll sich nach amerikanischen Neuerungen neben den Abrüstungsfragen auch mit weltwirtschaftlichen Problemen beschäftigen. Alles in allem also doch wieder nur eine neue, kaum verbesserte Auflage von Washington. Und die Zeit geht dahin unter Reden, Beraten und wiederum Reden. Keinen Tag können wir missen, um endlich die Trümmer aufzurichten, die dieser sogenannte „Frieden“, mehr denn der große Weltkrieg auf der Erde hinterlassen hat. Wann wird endlich die Vernunft kommen...? Es gibt leider auch eine Zeit, da es zu spät sein dürfte!

## Die Propaganda des Hasses.

In der französischen Kammer wurde bereits mehrere Male in ebenso schelmischer Weise behauptet, in Frankreich gebe es keine Propaganda des Hasses. Wer jedoch auch nur ein wenig ausserksam die französische Presse liest — ganz abgesehen von dem halbdudigen Boulevardblättern, denen die Aufpeitschung des Hasses zur täglichen Sensation gehört — der kann immer wieder auf allerlei Stilübungen hoffnugter Publizisten stoßen, deren Elaborate schlecht zu dem farbigen Ton zu passen scheinen, der Frankreichs Friedensliebe aller Welt verkünden will. So las man in der „Liberte“ jüngst einige recht erbauende Ausführungen aus der Feder Ferdinand Laude's über die während des Krieges begründete Gesellschaft „Souverain vous“ (Erinnert Euch), deren einziger und edelster Zweck nach den Worten des begeisterten Herrn Laude ist: „Die Erinnerungen an die deutschen Verbrechen für alle Zeiten festzuhalten“. Diese wundersame „Aga zur Verewigung des Hasses“ bemüht sich nun elstig, die „heiße Entrüstung“ gegenüber den Schandtaten der fr. Regierung nicht einzufangen zu lassen, gibt zahlreiche Schriften und Flugblätter heraus, veranstaltet Vortragsabend und Vorstellungen. All dies zum höheren Ansehen des glorreichen und siegkrönnten Frankreich, das eigentlich eine derartige Aufmunterung gar nicht nötig haben sollte, — wurde ihm doch im treiflichen Vertrage von Versailles und all den anderen ebenso ausgezeichneten Verträgen und Abmachungen vollauf sein gutes Recht. Aber damit nicht genug. Die ehrenwerten Mitglieder der Hohliga dürfen es nach dem Blut der deutschen Kriegsverbrecher, sie rufen immerwährend nach den samsten Sanktionen, die möglichst streng durchgeführt werden müssten, und sie sind der Ansicht, daß dem Feinde (nämlich uns Deutschen) endlich völlig beigebracht werden müsse, daß der Sieger das Los des Bestiegen zu ertragen hätte. Allzu erfolgreich scheint die Propaganda allerdings selbst im Frankreich Briands und Poincarés nicht mehr zu sein. Wenigstens berichtet Laude, daß sich mehr denn früher über seine Vorschläge verlegenes Schweigen zu legen pflege, und er oft die Empfindung habe, als ob er im Eisfeller sitze. Er bekomme auch leider immer häufiger die Antwort: „Es ist jetzt zu spät, um mit solchen Strafen einzuhalten. Auf diese Weise werden wir Deutschland nicht zum Zahlen bringen...“ So bröckelt der Anhängerkreis der ausgesuchten Hohliga anscheinend immer mehr ab, — ein, wenn auch noch recht bescheiden, Reichen dafür, daß der Irrsinn in Frankreich nun nicht „in“ hand genommen hat.

## Deutschlands Ernährung in Gefahr.

Von dem Stadtkost-Syndikat wird bezüglich der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Stadtkostdüngungsmitteln unter dem 9. d. M. die nachstehende Erklärung der wesentlichkeit übermittelt:

Die Landwirtschaft ist auf das höchste beunruhigt wegen ihrer schlechten Belieferung mit Stadtkostdüngungsmitteln. In der Tat ist der Verband von Düngestoffen seit Monaten äußerst gering.

Die Ursache liegt ausschließlich darin, daß den Werken die für den Abtransport nötigen Wagen fehlen.

Es sind gestellt worden von den: im September angesetzten rd. 15 700 Wg. zu 15 To. nur 9000 Wg. oder 57 Proz. im Oktober angesetzten rd. 14 500 Wg. zu 15 To. nur 6500 Wg. oder 45 Proz. im November angesetzten rd. 19 000 Wg. zu 15 To. nur 5500 Wg. oder 29 Proz.

Trotz aller unserer Bemühungen hat der Dezember bis jetzt keine Besserung gebracht. Im Gegenteil sind für die leistungsfähigsten Werke vom 1. bis 4. Dezember nur 14 Prozent und in den letzten Tagen vom 5. bis 8. Dezember sogar nur 2 bis 3 Prozent der angesetzten und notwendigen Wagen gestellt worden.

Die Werke sind mit Austrägen überhäuft. Die Ware zu ihrer Erledigung ist vorhanden, ebenso Entsicherungs- und Abladevorrichtungen.

Insgesamt warten 200 000 To. Stadtkostdüngungsmittel auf den Abtransport, weitere 600 000 To. werden in ständig steigender Erzeugung noch bis Ende April hergestellt.

Sollen diese Mengen der Landwirtschaft für die Frühjahrsbeläufung zugesetzt und damit der deutschen Vollernährung im nächsten Jahre nutzbar gemacht werden, bedürfen die Werke von jetzt ab einer regelmäßigen Gestaltung von mindestens 480 Wagen zu 15 To. täglich.

Unsere unzähligen Vorstellungen bei allen maßgebenden Stellen um bessere Wagengestaltung waren bis jetzt nicht vergeblich, die Eisenbahn hat sogar die Wagengestaltung für Düngemittel mehrfach gänzlich gesperrt.

Die Lage ist ernst. Wir allein können die Verantwortung nicht mehr tragen.

Sache der verbrauchenden Landwirtschaft, ja des gesamten deutschen Volkes muß es nunmehr sein, sich auch ihrerseits mit allem Nachdruck dafür einzufügen, daß die Eisenbahn diese, im Verhältnis zum Gesamtverkehr, kleinen Mengen rechtzeitig abfährt.“

## Das große Projekt.

Den letzten Tagen des alten Jahres haben Vertreter der sogenannten „Hauptmächte“ über ein großes Aufbau-Programm beraten, an dem alle wichtigen Wirtschaftsvölker der Welt teilnehmen sollen. Es handelt sich hierbei um folgendes: Unter der bisherigen Lage haben nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger gelitten. Insbesondere England ist durch den Ausverkauf Deutschlands im Absatz seiner Waren auf dem Weltmarkt stark behindert worden. Das Fehlen des osteuropäischen Marktes hat sich immer peinlich fühlbar gemacht. Nun wollen die Hauptmächte des Verbundes ein großes internationales Finanz-Konsortium gründen, um Osteuropa wieder zu erschließen, und den valutastarken Ländern einen Teil des Weltmarktes wiederzugeben.

Was über das „große Projekt“ bekannt geworden ist, klingt vorerst noch recht provisorisch. Jedenfalls sollen die führenden europäischen Verbundmächte, England, Frankreich und Italien, sowie Amerika, mit Kapital vertreten sein. Auch Deutschland soll — allerdings unter verschärften Bedingungen — Aufnahme finden. Die Hälfte des deutschen Kapital-Anteils soll angeblich dem Reichsschatz entnommen werden und der auf diesen Anteil entfallende Gewinnbetrag soll für Reparationszwecke verwendet werden. Man spricht davon, daß auch andere Länder, wie Belgien, Holland, Japan usw. an dem internationalen Finanz-Konsortium beteiligt werden sollen. Das Kapital soll 20 Millionen Pfund Sterling betragen, das sind nach dem heutigen Kursstand etwa 15 Milliarden Papiermark. Bei den Verhandlungen in Paris zerbricht man sich schon den Kopf darüber, in welcher Währung die Geschäfte des kommenden Konsortiums gemacht werden sollen. Man trägt Bedenken, etwa das englische Pfund Sterling zu wählen, weil dadurch eine Massen Nachfrage nach der Londoner Tabelle eintreten und der Kurs des Pfunds unnatürlich in die Höhe geschraubt würde. Was denn eigentlich das internationale Konsortium leisten soll, darüber ist bisher am allerwenigsten bekannt geworden. Die Delegierten der verschiedenen Länder in Paris haben sich die größte Mühe gegeben, vor dem Beginn der Konferenz zu Cannes eine Einigung über das große Projekt herzustellen. Was dabei auch herauskommen mag, schnell wird die Entscheidung über diese Idee nicht fallen. Der französische Ministerpräsident Briand hat übrigens im französischen Senat ausdrücklich betont, daß auf der internationalen Wirtschaftskonferenz, die sich im Februar oder März mit dem großen Projekt beschäftigen soll, die Reparationsfrage unter keinen Umständen eine Rolle spielen wird. Danach scheint es, als wenn auch bei dieser neuen Aktion an den wirklichen Lebensnotwendigkeiten Europas blind und angstlich vorbeigegangen werden wird.

## Gutscheidungsschwere Wochen.

Seit dem 3. Januar sind die Delegationen der an der Konferenz des Obersten Rates teilnehmenden Mächte in Cannes versammelt, obwohl der amtliche Beginn der Verhandlungen erst für den 6. Januar in Aussicht genommen war. Es ist sehr schwer, über die vermutlichen Ergebnisse der Verhandlungen etwas vorauszusagen. Alles weist darauf hin, daß keine endgültige Entscheidung über die Neuordnung der deutschen Ad-

lungspflicht fallen wird. Irland hat wiederholst erklärt, daß Frankreich im Jahre 1922 den vollen Anteil erhalten werde, der ihm nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 zusteht. Die Siegermächte haben bisher fast stets die Entscheidungen auf die letzte Stunde verschoben. Bei der Festlegung der deutschen Zahlungspflicht — die nach dem Verfallser Vertrag bis zum 1. Mai 1921 erfolgen sollte — ist das Ultimatum der Verbündeten erst unter dem 5. Mai erlangt und von uns am 11. Mai nach London und Paris übermittelt worden. Auch über die Behandlung berichtet am 15. Januar fälligen Reparationsrate wird schwerlich bereits am 15. Januar die Entscheidung gefallen sein. Auch vor lächerlichen Kostengriffen schreien die Verbündeten nicht zurück, wenn es gilt, den Wortlaut bestimmter Grundsätze zu wahren. So hat die französische Kammer, welche den Haushaltssatz für das neue Jahr verfassungsgemäß zum Schluß des Vorjahres erledigt haben mußte, die Uhr im Sitzungssaal am 31. Dezember um 1/12 Uhr angehalten und auf dieser Zeit stehen lassen, bis in den frischen Morgenstunden des 1. Januar der Haushaltssatz glücklich genehmigt war. Der Verband treibt uns gegenüber die Politik, die aus dem Drama Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“ berühmt geworden ist. Der venezianische Kaufmann Shylock besteht auf seinem vertraglichen Recht, selbst wenn es sachlich nichts nützt und zu gefährlichen unvorherzusehenden Folgen führt. Vermutlich wird man uns um den 10. Januar herum abermals besetzte Vorschläge vorlegen, was man in der diplomatischen Umlaufsprache mit „Ultimatum“ zu bezeichnen pflegt. Man wird uns voraussichtlich auf eine kommende „Weltwirtschaftskonferenz“ vertrösten, welche den Neuaufbau der aus den Kugeln geratenen mittel- und osteuropäischen Länder beabsichtigt. Durch diese Aktion sollen wir zahlungsfähig werden. Über das Reparationsprogramm soll auf der Weltwirtschaftskonferenz aber nicht wieder beraten werden.

Zu diesen außenpolitischen Sorgen kommen schwere innenpolitische und innenwirtschaftliche Noten. Durch den westdeutschen Eisenbahnerstreik ist die Kohlenversorgung Deutschlands weiter verschlechtert worden. Der Kursturz der deutschen Mark im November wirkt sich erst jetzt richtig in den Kleinhandelspreisen aus. Die zunehmende Tendenz hat eine neue Gehalts- und Lohnwelle zur Folge gehabt, die in den nächsten Wochen neue Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorrufen wird. Mit dem Entwurf eines Eisenbahn-Dienstgesetzes, welches die Erziehung des schematischen Achtfundertages durch einen wirklichen achtständigen Arbeitstag beabsichtigt, ist ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden. Das innenpolitische und innenwirtschaftliche Hauptproblem der nächsten Zeit ist: Steigerung des wirtschaftlichen Effektes zur Sicherung unseres eigenen Daseins und zur Erfüllung berechtigter Ansprüche unserer Gläubiger.

## Die Hilfsaktion der Landwirtschaft.

Das unter dieser Bezeichnung angeregte Problem, eine gründliche Besserung unserer Wirtschaftslage durch intensive Steigerung der heimischen, landwirtschaftlichen Erzeugung in die Wege zu leiten, beschäftigt die deutsche öffentliche Meinung in steigendem Maße. Besonders ist dieser Plan mit der Kreditaktion der Industrie in Verbindung gebracht oder wenigstens mit ihr verglichen worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt dabei zu dem Schluss, daß das Hilfswerk über die Kreditaktion und die ganze Reparationsfrage hinauswachse. Andere Blätter äußern sich ähnlich. So bringt u. a. „Der Deutsche“ (Nr. 231-21) folgende Gegenüberstellung:

Ergebnis der Kreditaktion: einmalige, verhältnismäßig geringe Verträge durch Schuldenmasse von Wirtschaft und Reich.

Ergebnis des Hilfswerkes: dauernde, läßlich wiederkehrende, der Erde neu abgewonnene Werte, und damit ebenso hohe Erholung der deutschen Wirtschaft und des Reiches. Also wirkliche Vermehrung des Wohlbeinkommens.

Hierüber hinaus wird das deutsche Volk, um klar zu sehen, vor allem den Wunsch haben, auch die Mittel und Wege kennen zu lernen, die zur Vermehrung des großen landwirtschaftlichen Projektes führen sollen, und die Voraussetzungen, an die sozialistische Kreise sein Gelingen geflügelt wissen wollen. Ein eindrucksvoller Aufruf des Reichs-Vorstandes gibt hierüber die wünschenswerteste Klarheit. Wir geben ihn in seinem wesentlichsten Teile im Wortlaut wieder:

Die zum Wiederaufbau notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erfordert eine gewisse Neuordnung der Landwirtschaft. Jeder Landwirt, auch der kleinste, muß sich die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik mehr als bisher zunutzen machen und sich von den hier und da noch gelassenen veralteten Bewirtschaftungsmethoden trennen. Allgemein gültige Vorschläge zu machen, ist hier nicht möglich; nach Bodenbeschaffenheit, Lage, Klima und Größe des Bestandes sind die einzelnen Betriebe verschieden und müssen verschiedene behan- delt werden. Vielleicht jedes einzelne ist daher die gewissenhafte Prüfung, ob in seinem Betrieb alle Bedingungen zur Höchstleistung durch Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen, künstlichen Düngers, durch Umwandlung von Moorland in Ackerland, durch Bewässerung des Bodens und seine Ausnutzung durch richtige Fruchtfolge erfüllt sind. Jeder Landwirt muß sich karmachen, daß jeder, der für eine intensive Bewirtschaftung seines Landes nicht alle Kräfte anspannt, und das Vorland in der entscheidenden Stunde im Stich läßt, sich selbst schädigt. Nicht der größte Verdienst, sondern die höchste Leistung mag das Ziel des deutschen Landwirts sein. Die Länder müssen schleunigst eine großzügige Kultivierung der Moor- und Heidsüchternutzung beginnen, um neues Ackerland für unsere Ernährung in Gemeinschaft mit den landwirtschaftlichen Organisationen zu schaffen, die durch Gemeinwirtschaft die Mittel dafür sicherzustellen haben.

Eine Intensivierung der Wirtschaft setzt die nötigen Arbeitskräfte voraus. Um bodenständige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen und zu erhalten, muß das für gesorgt werden, daß der Arbeiter sich im Betriebe wohlfühlt. Durch öffentliche Förderung des ländlichen Wohnungsbaus — nicht wie bisher fast ausschließlich des städtischen — und durch eine verständige Siedlungsaktivität muß dem Landarbeiter der Weg zum landwirtschaftlichen Aufstieg gesäet werden. Schaffung selbstständiger Bauernnahrungen und, wo es geboten ist, Empörung ländlicher Amerikaner-Siedlungen auf bauernschaftliche Freiheitlichkeit muß-

sen darüber hinaus, daß Ziel einer vernünftigen Siedlungs- politik sein, ohne daß dabei der große Gedanke der Produktionssteigerung beeinträchtigt wird. Nicht nur auf Moor- und Heidsüchtern, sondern auch da, wo die erst noch herbeizuhaltende und dann zu erhaltende gesunde Mischung der einzelnen Betriebsarten es verlangt, also auch auf Kulturland wird sich Raum finden für ausgewählte, wirtschaftlich vorwärtsstrebbende Siedlerfamilien.

Die wissenschaftlichen landwirtschaftlichen Institute und die auf gleichartige Grundlage fugenden und dazu berufenen Organisationen der Landwirtschaft müssen in der Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten, der Verbilligung des Unkrauts sowie der Erziehung von Saatgut und künstlichem Dünger der Praxis treu zur Seite stehen, den Landwirt durch sachliche Beratung unterstützen und das landwirtschaftliche Schulwesen auf dem Lande wiederherstellen. Aufgabe der Industrie wird es sein, landwirtschaftliche Maschinen in zweckmäßiger Art und künstliche Düngemittel in ausreichender Menge herzustellen.

Gelingt es der deutschen Landwirtschaft mit Hilfe der Wissenschaft, Technik und Industrie ihre Erzeugnisse in entsprechender Weise zu vermehren, und damit eine größere Menge von Arbeitskräften aufzunehmen, so wird auch für Handwerk und Industrie ein aufnahmefähiger und gesicherter Inlandsmarkt zur Verfügung stehen. Hierbei haben in erster Linie die landwirtschaftlichen Organisationen mitzuwirken, nicht nur wirtschaftspolitisch noch außen, sondern sie müssen auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Technik anregend undfördernd tätig bestehen. Dazu bedarf es eines stark organisierten Zusammenschlusses aller Landwirte.

Zur Durchführung aller Aufgaben fordern wir auf das entschiedene Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Innern des Landes, die Vorbereitung für allen Fortschritt, für jeden Aufbau. Ist der Staat seiner Aufgabe nicht gewachsen und kann er die Sicherheit der Person wie des Eigentums nicht gewährleisten, so werden alle Versuche an Deutschlands Rettung vergeblich sein. Diese Versuche der Landwirtschaft Deutschland aus eigener Scholle zu ernähren und damit den finanziellen Wiederaufbau zu fördern, werden nur dann von nachhaltigem Erfolg sein, wenn der Landwirtschaft ihre Kreditfähigkeit erhält. Darauf bleibt, daß die Erneuerung jetzt die höchste Anspannung aller seiner wirtschaftlichen Kräfte voran. Die Grundlage jedes wirtschaftlichen Aufbaues ist aber die Landwirtschaft, denn ohne hinreichende Ernährung keine Arbeitsleistung.

Mögen auch viele Hindernisse dem großzügigen Werk der Landwirtschaft entgegenstehen, so muß doch jeder Landwirt sie durch überwinden helfen, daß er sein ganzes Können in den Dienst der Sache stellt. Deutschlands Erneuerung setzt die höchste Anspannung aller seiner wirtschaftlichen Kräfte voraus. Die Grundlage jedes wirtschaftlichen Aufbaues ist aber die Landwirtschaft, denn ohne hinreichende Ernährung keine Arbeitsleistung.

1. Ein Konzert mit 15 Pianisten. Von sechshändigem Spiel auf dem Klavier weiß ja die Musikkapelle altertum zu erzählen, doch ein dreispielerhändiges Spiel dürfte noch den Reiz der Neuheit für sich in Anspruch nehmen. In Amerika hat ein Konzert von 15 bekannten Pianisten auf 15 Klavieren stattgefunden, und damit ist ein neuer Rekord im Pianinozusammenspiel aufgestellt. Die Geschichte hat in New York stattgefunden, zugunsten des Komponisten Mostowski, der frank und in direktesten Verhältnissen in Paris lebt. Die bekanntesten amerikanischen Klaviervirtuosen hatten sich zu diesem wohlstädtigen Zweck zusammengetan. Zwölf von ihnen spielten zuerst die Variationen über ein Beethoven'sches Thema von Saint-Saëns und dann Schumanns „Karneval“, wobei jeder Pianist einen oder mehrere Teile einzeln spielte. Noch interessanter aber war die Schlussnummer, bei der alle 15 Pianisten unter der Leitung des Dirigenten Damrosch an 15 Klavieren zusammen einen Marsch von Schumann spielten und damit eine erstaunliche Wirkung hervorbrachten.

## Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright 1921 by Blemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66

1.

Der Wagen, in dem Baroness von Gildern nach jahrelanger Abwesenheit wieder Schloß Reuttestein entgegenfuhr, rumpelte eilig über die holperige Landstraße.

Aber Bernhardine, als Freundin und Hofdame der vermitweten Herzogin-Mutter seit langem an Asphaltplaster und Gummiräder gewöhnt, lächelte nur geblümpt, so oft die schwerfällige Herrschaftstüte einen unerwarteten Hüpfer machte. Das alles war ja noch wie damals! Nichts hatte sich in dem lieben alten Talwinkel verändert, gar nichts! Höchstens die Apfelbäume längs der Straße waren älter und mitunter recht wunderlich verknorrt geworden. Die Wälder an den Bergabhängen sahen dunkler aus. Im Dorf, das sie soeben passiert hatte, gab es ein paar neue Häuser und einen prahligen Kaufmannsladen an Stelle des früheren Krämergewölbes — und sie selbst war ja auch alt geworden!

Ja, die Jugend! Wie eine Fata Morgana stieg sie phantastisch empor. Jeder Baum, jeder Stein rief längst vergessene Bilder wach. Und doch waren ihre und Bruder Nolfs Jugend nicht besonders rosig gewesen. Ohne Mutter unter dem unbeweglichen strengen Willen eines harten Vaters heranwachsend, war blinder Gehorsam von jeher ihr Los gewesen.

Gewiß hatte der alte Mann sie in seiner Weise auch geliebt. Aber merken hatte er es sie nie lassen. Durchdrungen von sehr starkem Standesgefühl, wortkarg und förmlich, hatte er die beiden Kinder stets in gemessenem Abstand von sich gehalten. Um so inniger hatten sich die Geschwister einander geschlossen, hatten tausend kleine Geheimnisse geteilt und phantastische Zukunftspläne geschmiedet.

Bernhardine lächelte wehmütig, als sie jetzt an diese kindlichen Träume zurückdachte. Das Leben hatte alles so anders gemacht! Als sie 18 Jahre alt war, hatte ihr Vater ihr eine Gesellschaftserbin gegeben; — Elisabeth Winter hatte sie gehießen. Noch jetzt in der Erinnerung glaubte Bernhardine kaum je ein strahlenderes, süßeres und liebreizenderes Wesen gesehen zu haben, als Elisabeth es gewesen war.

Was ein Wunder, daß ihr alle Herzen auflossen, um heißesten das Nolfs, der damals nach beendeten Studien eben ins Vaterhaus zurückkehrte. Er hatte Frauenanmut und Wärme nie kennen gelernt. Nun fühlte er sie staunend wie ein Wunder sich entschletern.

Die oder seine! hatte er damals dem Vater auf all sein gebieterisches Abmahnern zur Antwort gegeben. Vielleicht war es wirklich nur eine törichte Jugendliebe gewesen. Vielleicht auch nicht...

Elisabeth war nicht nur schön und gut, sie hatte auch Charakter, wie der alte Baron Gildern an seiner Benignität bald erkannte. Denn was er bei dem Sohn weder mit Heftigkeit noch mit Drohungen erreichte, das gelang ihm bei Elisabeth durch eine kurze Unterredung. Er appellierte an ihren Stolz und fragte ganz lächelnd, ob sie es auf ihr Gewissen nehmen wolle, sich zwischen Vater und Sohn zu stellen. Heimat, Glück und Ersatz des Sohnes standen auf dem Spiel, denn angeboren wäre er — der Vater — diese Heirat niemals.

Da ging sie, still, ohne Abschied, ergeben in ein Schicksal, das stärker war als sie.

Was wohl aus ihr geworden war? Weder Bernhardine noch Nolf hatten je wieder von ihr gehört.

Nolf wurde auf Nolfs gesucht. Zweieinhalb Jahre blieb er in fernem Landen, und als er heimkehrte, war er ein auch gegen die Schwester verschlossener, ernster, stiller Mann geworden. Später hatte er auf Wunsch des Vaters ein schönes, wohlerzogenes und reiches Edelfräulein geholt, das ihm einen Sohn — Bernhard — geschenkt und kaum eine Woche in seinem Leben gelassen, als es bald danach gestorben war.

Inzwischen hatte auch Bernhardine ihren Herzogtum durchlebt. In Reuttestein grenzte die Herrschaft Wildenmark. Heinrich von Wildenmark — der tolle Wildenmark, wie man ihn später während seiner kurzen Laufbahn als Diplomat nannte — war Nolfs Jugendgefährt gewesen, und Bernhardine liebte ihn leidenschaftlich. Auch er erwies ihr Aufmerksamkeiten, und in den Jahren, da Nolf abwesend war, kam es zu einer Verlobung.

Nur für kurze Zeit. Denn über Wildenmark begannen allerlei böse Gerüchte umzugehen. Er sollte fahrig, frivol und Frauen gegenüber von beispiellosem Gewissenlosigkeit sein. Einem Heitnicht sollte er im Horn ein Auge ausgeschlagen haben, und man munkelte auch von seinen zahlreichen Beziehungen zu Damen vom Theater. Bernhardine ahnte nichts davon. Über eines Tages ließ sie ihr Vater zu sich dabeihaben. Trocken erklärte er: „Ich habe deine Verlobung mit Wildenmark aufgelöst. Der Mensch ist deiner nicht würdig. Vergiß ihn!“

Vergessen? Nein — vergessen hatte sie ihn lange nicht können. Über sie begriff wohl, daß nach dem, was der Vater ihr sonst noch mitteilte, alles zu Ende sein müsse. Und sie war ein tapferes Mädchen. Als Nolfs Frau starb, nahm sie sich des kleinen Bernhard an und erzog ihn, bis sein Eintritt ins Thereseum sie dieses Lebenszwecks wieder beraubte.

(Fortsetzung folgt.)

## Volkswirtschaft.

3. Neue deutsche Goldmünzen. Die langwierigen und schwierigen Versuche zur Herstellung neuer Reichsmünzen aus Metall sind jetzt gegliedert, und es kann damit gerechnet werden, daß die Münzverwaltung im Frühjahr die Ausprägung beginnen wird. Die Versuche waren deshalb so schwierig, weil eine Gewicht gegen Fälschungen geschaffen werden mußte. Rundschau will man Ein-, Zwei- und Fünf-Markstücke schaffen.

4. Die Elektrifizierung der Staatsbahnen. Wie die Eisenbahndirektion Halle a. d. Saale mitteilt, ist die Elektrifizierung der Staatsbahnen nunmehr weiter fortgeschritten, so daß am 17. Januar die Fahr- und Speiseleitungen der elektrischen Zugförderungsanlagen auf den Streckenabschnitten Lützen-Dresden und Bitterfeld-Dessau unter Spannung gesetzt werden können.

5. Kartoffelmangel in Köln. Das Kölner Kartoffelgebiet steht vor einer neuen schweren Kartoffelkrise. Durch Verkauf der Kartoffeln der Ostproduzenten nach Polen ist die Kartoffelzufuhr nach den westlichen Provinzen, vor allem nach den besetzten Gebieten, vollständig unterbunden. Die Stadt Köln erklärt sich außerstande, dieser Krise wirksam begegnen zu können. In Köln bezahlt man heute bereits für einen Kettner-Kartoffeln 200 Mark und mehr.

## Geschäftliches.

Spiritus- oder Petroleum-Beladung. Der Liter Petroleum kostet in Berlin 9 M. Eine gute Petroleum-Arbeitslampe ergibt ungefähr 25 Normalkerzen und verbraucht in der Stunde etwa 0,10 Liter Petroleum. Bei einem Preis von 9 M. für das Liter Petroleum fallen sich also die Brennkosten für die Stunde auf 90 Pf. Brennspiritus in Flaschen dagegen kostet im Kleinverkauf 6,65 M. je Liter, Flasche zu 92,4 Gewichtshunderstellen; mit einem Liter Spiritus kann eine Lampe von 25 Normalkerzen ungefähr 20 Stunden gespeist werden. Die Stunde Spiritusbeladung steht sich demnach bei einer 25 Kerzenlampe ungefähr auf 35 Pf., also auf nicht viel mehr als den dritten Teil des für eine Lampe mit der gleichen Kerzenstärke aufgewandten Petroleumpreises. Brennspiritus ist jetzt wieder bei rechtzeitiger Bestellung in guter Beschaffbarkeit in jeder Menge erhältlich, bei ständiger Belieferung ist den Kleinhändlern sofortige, genau begründete Ver- schwiegenheit bei der Verwertungsstelle der Braunkohlenmonopolverwaltung (Abteilung Verkauf), Berlin W 9, Schellingstraße 14/15, anzuraten. Der Vertrieb von Brennern (in Friedenshöfen) ist von der Monopolverwaltung der Firma Spiritusapparate-Vertrieb Oskar Krämer in Berlin-Tempelhof, Ringbahnhofstraße 32/33, übertragen worden; dort werden auch Kriegsbrenner mit 17 M. das Stück in Zahlung genommen. Sie können von jedem Kleinhändler mit 30% Rabatt bezogen werden. Es ist vaterländische Pflicht, dem einheimischen Erzeugnis vor dem ausländischen den Vortzug zu geben, also: Spiritus- und nicht Petroleum-Beladung!

Gemeindeverbands-Spar- und Girokasse Schmöckwitz. Expeditionszeit: Montags bis Freitags vormittags 8—1 und nachmittags 3—5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr nachmittags.

Einheitliche Briefmarken und Postkarten. 8. Jähr.

## Bor 75 Jahren.

(Aus dem Jahrgang 1847 der „Mitteilungen von und für Dippoldiswalde, Frauenstein und Umgegend“, der heutigen Weißeritz-Zeitung.)

Das Brot ist „teuer“, nach damaligen Begriffen wenigstens. In manchen Städten erlaubt deshalb der Stadtrat den „Landbäckern“, wöchentlich einmal Brot in die Stadt zu verkaufen, was sonst überhaupt nicht gestattet war. Allerdings müssen ihre Brote um einige Lot schwerer sein als die der Stadtbäcker, deren Gewicht der Stadtrat ja vorschreibt. Es müssen wegen eines „Einknuggerbrot“ 31 Lot 2 Quentchen, ein „Zweineugroschenbrot“ 3 Pfund 10 Lot 2 Quentchen, ein „Dreineugroschenbrot“ 3 Pfund 10 Lot und ein „Vierneugroschenbrot“ 4 Pfund 20 Lot 2 Quentchen. (Was würden jene Alten zum heutigen Brotpreis sagen?)

Die Mehlknappheit führte dazu, daß man Brot bakt, das außer Roggengemehl einen Zusatz von Hafer, Kartoffeln und Erbsen enthält. Dieses Brot hat einen geringeren Preis. Manche Bäcker übertrieben aber wohl die Sache, denn die Amtshauptmannschaft Freiberg ermahnt die Polizei zu sorgfältigem Aufpassen, daß das Mischungsverhältnis dem Preise entspricht. In der Bekanntmachung werden die Amtsbezirke Frauenstein und Altenberg besonders genannt, wo man das Roggenbrot „sparte“. Auf ministerielle Anregung ordnet das hiesige Justizamt an, daß nur Brot verkauft werden darf, welches 72 Stunden alt ist, weil frisches Brot weniger sättigt als altbeknetes.

Aus dem Erzgebirge kommen Klagen über Klagen. Da die Kartoffeln im Vorjahr nicht gerieten, müssen viele, viele Bäcker, weil sie das teure Brot nicht bezahlen können. „Almosen helfen da nicht mehr“, heißt es in einem Aufschluß, „da muß das Leben in ein praktisches Christentum umschlagen, nicht blos ein gepredigtes bleiben.“

Der mancherorts eingetretene Mehlmangel wird von den Mältern ausgenutzt zum Schaden dieser, die bei ihnen mahlen lassen. Eine ministerielle Verordnung über die Rechte und Pflichten der Müller gegen die „Mahlhäuser“ wird deshalb von neuen eingeschärft. Insbesondere wird auch auf die Führung von Mahlregistern in den Mühlen hingewiesen, aus denen Aus- und Eindüngung genau zu ersiehen seien.

Ganz arg liegt das Borgenwesen beim Handwerker. Ein dem „Dresdner Tagelblatt“ entnommener Artikel beschreibt sich eingehend damit und sucht nach Abhilfe.

Die nunmehr ein Jahr bestehende Sonntagschule, der Anfang der heutigen Fortbildungsschule, wird sehr schlecht besucht, ja, geht ganz ein, erholt sich aber im Laufe des Jahres wieder.

Seit langem war man mit dem beständigen Vereinsleben nicht zufrieden. Insbesondere machte man der „Harmonie“ den Vorwurf, sie schließe sich allzu sehr von der Allgemeinheit ab, sie begünstige das Aussteuern. Gerade diese Gesellschaft oder doch eine Anzahl Mitglieder derselben regen an, von Zeit zu Zeit eine Zusammenkunft der Mitglieder aller beständigen Vereine zu veranstalten, um sich gegenseitig näher zu kommen. Viel darüber und viel Wider werden laut. Am 14. Februar findet aber die erste Zusammenkunft statt. 75 Personen sind erschienen. Der Abend wird ausgefüllt an der Haupstafche mit Beratungen über das „Wie“ der Unterhaltung, bei dem die Frage der Zulassung des Kartenspiels eine Hauptrolle spielt. Diese neue Vereinigung erwählt den Namen „Eintracht“. Mancherlei Gutes verspricht man sich von ihr. — In der zweiten Versammlung beschreibt Bürgermeister Mandisch die Idee einer Ortsbibliothek. (In Kreischa hatte man ebenfalls eine Büchersammlung angefangen.) Der Gedanke findet Interesse. Der Zentralverein stellt bei seinem Zusammenkünften eine Sammelbüchse für diesen Zweck auf, bietet seine Mitglieder mit Erfolg um Büchergaben und, ebenfalls mit Erfolg, den Leseverein und den Sprechverein um Ueberlassung seiner Bücher auch an Nichtmitglieder, wendet sich auch an die Allgemeinheit.

Im März findet ein Aufschluß, daß der Rat die Rathausräume im Obergeschoss bis auf ein Zimmer (ledernd das jehlige Ratssitzungszimmer) zu Vergnügungsräumen umbauen will. Dazu seien die Geldverhältnisse nicht angebracht; kämen doch wegen ausgeklagter Schulden allein 9 Bürgerhäuser zur Zwangsversteigerung. Die Baustücke sollen 340 Taler kosten. Der Ratskellerpächter zahlt 100 Taler Pacht.

Die Räumlichkeiten des Kranken- und Armenhauses entsprechen schon lange nicht mehr den Verhältnissen. Deshalb kaufst

die Stadt das am Plan gelegene Flemmingsche Haus für den Zweck, (also jedenfalls das heutige Armen- und Krankenhaus). Es vergeht aber noch viel Zeit, ehe es seinem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht wird.

1848 wird seine Schatten voraus. Unterm 24. April macht eine Verordnung König Friedrich August einen Beschluss der Bundesversammlung bekannt, wonach „communistiche Vereine“ unter die Staatsgefährden gehörten, wobei es sich von selbst versteht, daß deren Utreiter, Häupter und Teilnehmer, soweit sie hochverräterische Zwecke verfolgen.... die Strafe des Hochverrats zu gewürdigt haben.“

Den 30. Geburtstag des Königs feiert unsere Stadt dadurch, daß 211 Arme je eine Anweisung auf 1/2 Pfund Rindfleisch und Reis und eine Kanne Bier erhalten, daß die städtischen Kollegen am Vormittag in einer Festsitzung den Ankauf von 70 Scheffeln Samenkartoffeln für Unbemittelte beschließen (die Seiten sind eben recht schlecht) und daß von 6 Uhr an Turn- und Gesangvereine eine Feier abhalten.

Der landwirtschaftliche Verein kann 21 Personen auszeichnen, die länger als 5 Jahre bei einer Herrschaft dienen.

Zum Vogelschießen läßt Böhmen folgendes, ob so schönes Interat los: „Wegen Einkaufs schöner und billiger Schweine werden die Bratwürste gut und nicht kleine.“ Vogelkönig wird Rüschner Köper, Scherbenköng Mende jun. An Sehenswürdigkeiten sind vorhanden ein Karussell, ein armloser Mann und ein Stechholz-Etablissement.

Für die hiesige Bäckerinnung wird am 6. August eine gemeinsame Brotverkaufsstelle eingerichtet und zwar am Oberplatz im ehemaligen Garnison-Wachtgebäude (also in der Wache).

Verkaufsstelle von früh bis abends 8 Uhr, Sonntags mit Ausnahme der Zeit der Gottesdienste.

Einmal wird die Gründung einer „Gemeindehilfskasse“ angezeigt. Jeder „Wirtschaftsbetrieb“ soll sich zu einem regelmäßigen Beitrag verpflichten. Zu diesem Zwecke sind 10 Klassen gebildet mit 1–10 Pf. Monatsbeitrag. Den Einwohnern soll es eine Sparkasse sein, der Gemeinde gleichzeitig Mittel zu Allgemeinausgaben liefern.

Das Bettelunwesen durch Kinder scheint sehr überhand genommen zu haben, denn es wird öffentlich darüber geklagt.

Im „Schloß zu Dippoldiswalde“ sind Aspekte zu haben, die Mehe zu 6, 12 und 15 Pf. (Bei Frankfurt kostet das Malter über 2 Scheffel) Aspekte 25 Kreuzer.)

Die schlechte Ernte 1846 hatte überall großen Mangel zur Folge. Um so dankbarer ist man für die reiche Ernte 1847 und begibt am 12. September das Erntedankfest besonders feierlich: Früh 1/2 Uhr Choralmusik vom Turme. 9 Uhr Festzug vom Rathaus nach der Kirche (Bürgerschützenkorps mit Fahnen, zwei Marschälle, 8 Jungfrauen mit Erntekränzen, zur Seite eines Marschall, 2 Marschälle, Geistlichkeit, Lehrer, andere Teilnehmer, 2. Abteilung des Schützenkorps) zum Gottesdienst. 2 Uhr Festzug der Schulkindern der Parochie mit dem Schützenkorps von der Schule nach der Kirche zum Gottesdienst, wobei der Männergesangverein mitwirkt, der abends auf dem Marktplatz noch bei Fackelschein singt; in den Pausen bengalische Beleuchtung vom Rathaussturm. Zum Schluß allgemeiner Gesang: „Dan danket alle Gott“ und ein Tanzchen im Rathausaal. Von ungenannter Seite wird die Gedenktafel im Wohlsteig angebracht, die uns noch heute an den reichen Erntefesten 1847 erinnert. — Die geplante Beleuchtung des Rathauses muß unterbleiben, da die Stadtverordneten die hierzu geforderten 13 Taler 25 Neugroschen nicht bewilligen.

Der hiesige ökonomische Verein wird, der größte in unserem Vaterlande genannt. Im September wird „üblichlich anerkannt“, daß die Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft einzelne neue, von allen Seiten geschlossene Wagen beschafft hat. (Was dahin waren diese also offen?) Man hofft nunmehr auch auf Laternen für die Abendfahrten.

Am 8. Januar halten die Stadtverordneten ihre erste Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wählt man den Arzt Wohlfarth. Große Bedeutung schreibt man diesmal der Deputation für das Kassen- und Rechnungswesen zu, da der Kassier abgeht und da noch keine Rechnung seit dem Jahre 1833 zur Justierung vorliegen habe. Zum Schluß beschließt man nach eingehender Aussprache, die Sitzungen in Zukunft in der Regel öffentlich zu halten. — Am 15. Januar liegt ein Ratsbeschuß vor, den Bürgermeister Lehmann von der Verwaltung der städtischen Kassen zu

entheben. Er soll in Zukunft als erster Ratmann funktionieren, aber auch nur noch die Hälfte seines bisherigen Gehaltes beziehen. nämlich 205 Taler 10 Neugroschen 7 Pf. Für die andere Hälfte will man einen „Stadtkaßler“ anstellen. Die Stadtverordneten sehen zunächst eine Deputation in der Sache ein. Dagegen wird beschlossen, das Verzeichnis der Bürger für die Stadtverordnetenwahl in Zukunft drucken zu lassen. Bis dahin wurde es im Rathausflur ausgebängt und in zwei Schranktüren angelegt. Gleichzeitig beschließt man, auch für Dippoldiswalde einen Friedensrichter anzustellen, sieht jedoch von einer Wahl selbst zunächst ab. Später wählt man den Mädchenlehrer Dreßler, der aber ablehnt, wie auch der darauf gewählte Bürger und Kapitän Kästler. Dann gibt man nichts mehr von der Sache. Wegen der beschlossenen Oeffentlichkeit der Sitzungen wird eine Deputation eingesetzt. (Man sieht, überzeugt wurde nicht.) — Am 30. April lehnen die Stadtverordneten den vom Rat vorgeschlagenen Ausbau des Rathausobergeschosses ab, der Vergrößerung des Saales und Schaffung eines zweiten Gesellschaftszimmers vor. Der Stadtrat schlägt vor, den städtischen Wald- und Straßenarbeitern den immer höher steigenden Leistung wegen eine Lohnzulage von 6 Pf. zu gewähren, wofür sie aber eine Stunde länger wie bei Privaten arbeiten sollen. Die Stadtverordneten aber schlagen vor, statt der 6 Pf. einen Neugroschen zu geben, da andernfalls wegen der verlängerten Arbeitszeit von einer Zulage nicht gesprochen werden könnte. Am 17. 6. bewilligte man nach langerem Hin und Her 10 Taler zur Errichtung von Zeichensunterricht in der Sozialschule, der man dadurch aufs neue Lust einspüren will, obwohl diese Einrichtung nach damaliger Ansicht gar nicht Sache der Stadt ist und obwohl man recht wenig Hoffnung auf Erfolg hat.

Am 30. Dezember erklären die Stadtverordneten sich einverstanden mit der Anstellung eines städtischen „Baumeisterkant“ und bewilligen 100 Taler Gehalt. — Von der Oeffentlichkeit der Sitzungen hört man nichts mehr.

Für das gesamte Schulwesen wendet Sachsen (das Land) 265 998 Taler auf, darunter für die Volksschulen 37 000 und für die Universität Leipzig 30 000 Taler.

Flemming in Altenberg läßt täglich einen Personenzug von Altenberg (Abfahrt 7 Uhr) über Dippoldiswalde nach Dresden (Ankunft 1 Uhr) und ebenso einen solchen in umgekehrter Richtung mit gleicher Abfahrts- und Ankunftszeit verkehren. Auf Wunsch fährt leichter bis Teplitz.

In Zittau wird eine Kreditanstalt für Handwerker begründet, die Darlehen von 5 bis 25 Taler an solche gewährt, die 2 Jahre Bürger sind und ebenso lange ein Handwerk betreiben. Auf jeden Taler war wöchentlich ein Neugroschen abzuzahlen.

Auf dem Dresdner Viehmarkt im März sind die Preise ziemlich hoch“, wie der Bericht sagt. Pferde kosten 70–150 Taler, Ochsen 35–55, Rinder 30–40, fette Schweine 25–40, mögtere 7–15 und Herkel 1½–3 Taler.

Die Freiberger Bergwerke fördern 1846 47 377 Pfund Silber, die Privatgruben 211 185 Pfund.

Am 9. Mai schenken 200 Dresdner Frauen und Mädchen dem dortigen Turnverein eine Fahne. „Oben“ ist seine Beliebtheit weniger groß, denn sämtliche Unteroffiziere müssen austreten — auf Befehl.

Unterm 14. 6. ordnet der preußische Kultusminister an, daß alle Lehrer, die Dissidenten sind, ihre Stellen an katholischen, protestantischen und Simultan-Schulen aufzugeben haben.

In Stuttgart wird der Männerturnverein aufgelöst.

Am 15. September geht die erste, in Wien erbaute Schub und Ablegemaschine nach Neupark ab; die zweite erwält Brockhaus in Leipzig. (Mit den heutigen Schubmaschinen haben jene nichts zu tun.)

### Lauer Gute.

Wenn ich in dem Zeitungsblatte Lese, wer gestorben ist:  
Hier der beste Freund und Gatte,  
Dort der beste Mensch und Christ,  
Hier der Frömste aller Frommen,  
Dort der Patrioten Zier;  
Denk ich oftstill still bei mir:  
Woher mag es doch wohl kommen,  
Doch nicht auch ein böser stirbt?  
Immer mehr die Welt verdrißt!  
Bleibt nur Schoßesang auf Erdem.  
Wer mag fernr alt noch werden?  
(„Abendglocke“, Jahrgang 1847.)

## Hafer kauft

zum höchsten Tagespreis  
Louis Schmidt, Dippoldiswalde.

Eine Freitaler Röß-  
schule Kuri u. Wurstfabrik  
**Bruno Ehrlich**  
Freital-Deuben

Bezirk:  
Dresden  
Telephon:  
74  
schrift für  
**Schlachtpferde**

die höchsten Preise.  
Bei Postkassen mit Automobiltransportmöglichenkeiten zur Stelle.

Ein ordnungsliebendes  
**Bläddchen**,  
nicht unter 19 Jahren, welches  
gut meilen kann, wird für sofort  
oder später in die Landwirtschaft  
bei Tierschloß und guter Rost  
gesucht. Zu erfahren in der  
Großstädte.

Programme druckt Carl Jähne.

Drucksachen aller Art



Carl Jähne, Dippoldiswalde

Vierte Schöllche  
**Landeswohlfahrtss-**  
**Geldlotterie**

Hauptsortrieb:  
Innvaldskanzlei für Sachsen,  
Dresden, König Johann-  
Straße 8.

Gebung 23.–30. Jan. 1847.

Höchstgewinn im günstigsten  
Falle

**125 000**

Prämie: 75 000

Haupt-  
gewinne:

20 000

10 000

5 000 usw.

kleinstes Gewinn 10 Kr.

Falle zu 5 Kr. (Vollgeld und  
Krone 3,50 Kr.) bei den  
Staatslotterie-Einnahmen

und den durch Postkasse  
gewonnenen Geschäft.

empfiehlt Max Knoedel,

Dippoldiswalde,

gegenüber der Post.

empfiehlt Max Knoedel,

Oberplatz

empfiehlt Max Knoedel,

Oberplatz

empfiehlt Max Knoedel,

Oberplatz

**Ehr. Schubart & Hesse**

Inhaber Friedrich Schubart

Louis Hesse, Glaser, Gitter- und Dampfmaschinen

Dresden - U. 5, Friedr. str. 52

Drahtadresse: Schubart & Hesse

Bezeichnung: Sammelnummer 26761

Düngerstreuer

Rübenschneider

Haferquetschen

und alle anderen landwirtschaftlichen Maschinen,

Gärtner, Ernteteile,

Gärtner, Futter- und Düngermittel

Schrotmühlen

verschiedener

Brüder

Reinigungsmaschinen

und alle anderen landwirtschaftlichen Maschinen,

Gärtner, Ernteteile,

Gärtner, Futter- und Düngermittel

Filiale Dippoldiswalde

Am Bahnhof

Herrnstraße Nr. 42



empfiehlt Max Knoedel,

Dippoldiswalde, Markt 28,